

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Verfassungs- und Wahlrechtsfrage in Elsaß-Lothringen.

Aus dem Reichsland wird uns geschrieben:

Der Dreizehnte ist ein Unglückstag, und am 13. Juni 1910 war es, daß der Staatssekretär des Reichskanzleramtes Herr Delbrück in Straßburg bei einem Statthalteressen eine Auslese von Abgeordneten der verschiedenen bürgerlichen Parteigruppierungen des Landesausschusses über ihre Stellung zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage und insbesondere zur Frage des Wahlrechts für den an Stelle des Landesausschusses einzusetzenden Landtag befragte. Ein Unstern waltete entschieden über dieser Befragung, die in Preußen-Deutschland die Stelle des schweizerischen Referendums oder der napoleonischen Plebiszite vertritt, — ein Unstern wenigstens, wenn man sich nicht auf den kritischen Standpunkt stellt, daß solche Volksbefragungen beim Nachtisch mit den Notabilitäten doch nur ein Mittel reaktionärer Regierungen sind, um den Vorwand zur Durchführung der eigentlichen Volksforderungen zu erhalten. Bei diesem historischen elsass-lothringischen Verfassungsdiner wurden die elsass-lothringischen Volksforderungen von den angeblichen Volksvertretern nämlich schamlos im Stiche gelassen. Am 27. Februar 1910 hatte der Landesausschuh mit überraschend großer Mehrheit, unter Zustimmung der Redner aller größeren Parteien, nicht nur die völlige Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten gefordert, sondern sich auch dafür ausgesprochen, daß die neue Volksvertretung aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlsystems hervorgehen sollte. Am 13. Juni 1910 aber, als es sich darum handelte, zu einem in der Ausarbeitung begriffenen Regierungsentwurf auf dieser Grundlage die Zustimmung zu geben; am 13. Juni, als im Dufte der renommierten Statthalterküche beim funkelnden Dessertwein unter schwerer Verdauungsarbeit das neue demokratische Wahlrecht fast greifbar an der Wand erschien, das Rene Rene Tefel Uparfin („gezählt, gezählt, gemogen und zerstückt“) für manchen dieser Deputés, die aus dem monströsesten, wenn nicht schändlichsten aller Wahlsysteme hervorgehen, — an diesem 13. Juni, als Herz und Magen voll waren, loß der Mund über. Die alten Herren aus dem kapitalstärkeren lothringischen Kohlen- und Eisenerzgebiet, die Vertreter des sogenannten Lothringer Blochs, machten aus ihrer Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht kein Geheul und äuperten sich entschieden gegen das vor drei Monaten mitgeforderte Verhältniswahlsystem; für die „Unabhängigen“ des Ober- und des Unter-Elsses, die ihre Mandate fast ausnahmslos der Zentrumsunterstützung verdanken, gaben die Herren Bian und Fürst „im Hinblick auf die Konsequenzen des reinen Reichstagswahlrechts“, wie das Straßburger Zentrumsblatt so treuherzig andeutet, der allgemeinen Sehnsucht nach einem Pluralwahlrecht lauten Ausdruck, — und die Herren vom Zentr um, die strammen Wortführer der patentierten christlichen Volkspartei? Für sie erhoben die Abgeordneten Dr. Bonderscheer, Dr. Ricklin und Dr. Schott entschieden gegen das Verhältniswahlsystem Einspruch, das auch für drei Monate zuvor mit den Lothringern und den Liberalen gefordert hatten. Und Dr. Ricklin, der Vertreter von Altirch-Ohann im Deutschen Reichstag, im Elsaß seiner bisweilen herzerfrischenden Offenheit wegen bekannt unter dem Beinamen „Der Röde aus dem Südgau“, unterstrich nach der Angabe der liberalen Presse das Ganze mit dem trefflichen Worte: Wahlrechtsfragen seien Nachtfragen, bei denen die Gerechtigkeit oder die Rücksicht auf Minderheiten keine Rolle spielen dürfe. Nur die liberalen Teilnehmer an der bürgerlichen Tafelrunde sind angeblich als Anhänger des Reichstagswahlrechts und des Verhältniswahlsystems festgeblieben.

Ueber die Rolle dieser Liberalen noch ein Wort. Der versammelte Vorstand der Liberalen Landespartei für Elsaß-Lothringen hat am Sonntag, den 19. Juni, eine öffentliche Kundgebung beschlossen, in welcher er ganz zutreffend sagt, daß nach den jüngsten Vorgängen anlässlich der Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Delbrück in Straßburg der Landesausschuh jeden Anspruch auf Mitwirkung bei der Gestaltung des Wahlrechts der künftigen Volksvertretung politisch und moralisch verwirkt hat, und worin ebenso richtig gesagt wird, daß ohne eine vollständige Neugestaltung der Volksvertretung eine Gesundung unserer politischen Verhältnisse nicht erreicht werden kann. Die Erklärung forderte die völlige Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten, vor allem aber eine Volksvertretung, die aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlsystems hervorgeht. Sodann macht die Erklärung dem elsässischen Zentr um den Prozeß, weil es mit den übrigen Parteien in der Landesausschuhung vom 27. Februar d. J. dieses Wahlrecht gefordert, ja die Einbringung des Proporzantrages mit veranlaßt hat und jetzt mit dem Lothringer Bloch jede Reform anscheinend zum Scheitern bringen wolle, „um aus dem dann notwendig eintretenden Stimmungsrückschlag für Sonderzwecke

Kapital schlagen zu können“. Die Erklärung betont schließlich unter Protest gegen dieses Verhalten „die Notwendigkeit einer zielbewußten und schnellen Reform, für die der Reichskanzler sich am 14. März 1910 eingesetzt und die der Reichstag einstimmig gefordert hat“.

Krug hier schon die Verufung auf den Reichskanzler der „gottgewollten Abhängigkeiten“ bei dessen Stellung zum Reichstagswahlrecht und gegenüber aller Demokratie Befremden hervorrufen, so war vor allem das Fehlen jedes tadelnden Wortes gegenüber jenem Teile der liberalen Presse im Lande, der in Uebereinstimmung mit den Nationalliberalen im Reiche mit dem Pluralwahlrecht liebäugelt und Krümel auf Artikel zur Empfehlung desselben bringt. Nachdem die offiziöse „Straßburger Post“ es als Regierungsprogramm bezeichnet hat, daß ein Mehrstimmrecht im Interesse von „Bildung und Besitz“ eingeführt werden soll, war es die Pflicht der Liberalen Landespartei, die Propaganda dieses „liberalen“ Blattes in dieser Richtung scharf zu dekontaminieren, und gegen diese Regierungsabsicht, die ganz zweifellos besteht, ebenfalls entschiedene Stellung zu nehmen, — aber nichts von alledem! Auch die von derselben Seite geforderte Einsetzung einer Ersten Kammer, eines Ober- oder Herrenhauses, dessen Mitglieder wenigstens zur Hälfte vom Kaiser ernannt werden sollen, erfährt keine Bekämpfung von liberaler Seite, — ja der liberale Parteiführer und Fraktionsvorsitzende im Landesausschuh, Abg. Georg Wolf, macht seit Jahren in Presse und Versammlung für dieses notwendige „Korrelat“ zur einzusetzenden demokratischen Kammer persönlich Stimmung. Der Spott der liberalen Presse über diesen Gouvernentaliberalismus bleibt daher nicht ohne Wirkung im Lande. Und weiter ist es ganz natürlich, wenn der politische Jongleur Wetterlé in Entgegnung auf die Angriffe wegen des Zentrumsunfalles in der Frage des Proportionalwahlrechts in seinem „Kouveliste“ die Frage aufwirft, warum die für die Verhältniswahl in Elsaß-Lothringen zurzeit so begeisterten Liberalen dieses Wahlsystems nicht für alle deutschen Bundesstaaten und vor allem für den Reichstag selbst fordern? ... Es ist richtig, wie Wetterlé sagt: die liberalen Prinzipien wechseln mit den Breitengraden und das, was hier eine Verräterei ist, wird dort zur verdienstvollen Tat, je nachdem die eigenen kostbaren Persönlichkeiten dabei gewinnen oder verlieren. Aber — beim Zentr um sieht's ganz ebenso aus. Wenn irgendwo das noch bestehende Majoritätswahlrecht die christlichen Gewerkschaftler in den Gewerbegerichten oder Ortskrankenkassenvorsitzenden als Minderheit ohne Vertretung läßt, so sind diese Liberalen befanntlich die begeistertsten Anhänger der Proporzess, sie kämpfen mit derselben Begeisterung zurzeit als Minderheitspartei in Frankreich für den Proporz bei den Kammerwahlen. In Elsaß-Lothringen aber erklärt der Zentrumsabgeordnete Dr. Ricklin mit kalter Brutalität: Wahlrechtsfragen sind Nachtfragen, bei denen die Gerechtigkeit oder die Rücksicht auf Minderheiten keine Rolle spielen darf. Und hier wird nun der Proporz vom Zentr um offen bekämpft!

So selbstverständlich ist für die elsässischen Liberalen diese Doppelzüngigkeit, daß in demselben Augenblick, in welchem keine französischen Parteifreunde am lauteften den Proporz fordern, Herr Wetterlé von Colmar im „Parisier-Matin“ gegen den Proporz polemisiert, — natürlich gegen den Proporz für Elsaß-Lothringen. Das rechtfertigt er mit der Entdeckung, mit der er schon früher wiederholt die Franzosen unterhalten hat: mit der Entdeckung, daß die Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen ein Faktor der Germanisation sei und daß die Verhältniswahl im neuen Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen diesen Faktor stärken soll. Ohne Zweifel ist der Kampf um die Demokratie in Elsaß-Lothringen, den die Sozialisten, altdeutsch wie einheimische, Schulter an Schulter führen, ein Mittel zur Abschwächung der nationalen Gegensätze. Man darf gespannt darauf sein, was bei der Regierung endlich doch überwiegen wird, die Angst vor den von den Wetterlés, Blumenthal, Preiß und Konforten mit sozialem Tamtam begonnenen nationalistischen Bestrebungen, die im letzten Ende nichts anderes sind, als ein Kampf um den Futtertrog zwischen alldeutscher und elsässischer Bourgeoisie, oder die Angst vor der Demokratie. Die letztere ist natürlich sehr groß, man darf aber sehr neugierig sein, ob die Verblündelten Regierungen es wagen werden, dem deutschen Reichstag ein Wahlsystem vorzuschlagen, das die gekennzeichneten nationalistischen Bestrebungen begünstigt.

Die reichslandische Sozialdemokratie hat seit mehreren Jahren jeweils beim Zusammentritt des Landesausschusses mit Versammlungs- und Straßungskundgebungen, die immer größere Massen in Bewegung brachten, das allgemeine Wahlrecht und — den demokratischen Ueberlieferungen der Bevölkerung entsprechend — die republikanische Regierungsform für das Land gefordert. Sie wird nicht müßig bleiben, wenn die Gefahr der Einführung eines Herrenhauses nach preußischem Muster oder die des Pluralwahlrechts fahrbare Formen annehmen sollte. Und dann wird sich auch in Elsaß-Lothringen zeigen, daß die Zeiten vorüber sind, wo der Widerstreit der nationalen Gegensätze auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen wurde. Die Arbeiterklasse wird sich ihr Recht erkämpfen — wenn nötig gegen den Nachthunger der einheimischen Bourgeoisie und gegen die Angst der Regierung vor dem demokratischen Wahlrecht.

Abgehalfert.

Von besonderer Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Der plötzliche Ministerwechsel in Preußen, dem die Herren v. Moltke und Arnim zum Opfer fielen, hat nicht nur die breite Öffentlichkeit überrascht, sondern auch innerhalb der betreffenden Ministerien die gleiche Wirkung hervorgerufen. Wenn auch vielfach in der Presse der Abgang des Herrn von Moltke in nahe Aussicht gestellt worden war, so steht doch fest, daß sein vor zirka acht Wochen eingereichtes Entlassungsgesuch abgelehnt wurde. Niemand im Ministerium, auch Herr von Moltke nicht, konnten infolge dessen an einen Wechsel im Amt denken. Die Entlassung hat ihn vollständig unvorbereitet getroffen. Das geht ja auch daraus hervor, daß Herr v. Moltke auch nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen hatte, seinen Wohnsitz zu verlassen und vorläufig im Ministerhotel unter den Linden wohnen bleibt. Ganz ähnlich liegen die Dinge bei Herrn v. Arnim. Auch er hat sich oft über die Würde seines Amtes beklagt, daß seine Kräfte übersteige und oft ausgerufen, er könnte es nicht mehr aushalten. Aber weder er selbst noch einer seiner Mitarbeiter haben an einen solch jämmerlichen Abschied gedacht. Dieser Abschied hat sich nun in höchst sonderbaren Formen vollzogen. Beide Herren haben ein Schreiben erhalten, das ungefähr folgenden Wortlaut hatte:

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Homogenität des künftigen Staatsministeriums zu festigen, werden Sie ersucht, sofort Ihren Abschied einzureichen.

Das ist denn auch geschehen und innerhalb zweier Stunden waren die beiden Herren bereits in Besitz ihres Abschieds, natürlich mit dem üblichen „Ordenspflaster“.

Die so auf die Straße Befreiten mögen ein recht verdäutes Geschäft gemacht haben als ihnen in dieser schroffen Form der Dienst gekündigt wurde; sie werden indessen einsehen haben, daß die Homogenität eines Staatsministeriums, dem Herr v. Bethmann Hollweg vorsieht, eine so außerordentlich wichtige Sache ist, daß deshalb schon auf Form und Wohlstandigkeit verzichtet werden könne und müsse.

Daß mit dem Eintritt des Kanalrebellens b. Dallwitz und des Wahlrechtsfeindes v. Schorlemer die Homogenität des künftigen Staatsministeriums wieder gefährdet ist, ist gewiß erfreulich. Wenn man aber glaubt, daß damit auch die Homogenität der Regierung mit dem Volke gefährdet wurde, so dürfte sich hierbei Herr v. Bethmann auf dem Holzwege befinden.

Zum Sieg in Hessen.

Aus dem Wahlkreis Friedberg-Büdingen wird uns noch geschrieben:

Seiten ist wohl in einem Wahlkreis eine solche scharfe Agitation betrieben worden, wie diesmal hier. Unsere Partei hat allein 300 Versammlungen abgehalten, wovon auf die letzten drei Sonntage 150 kommen. Und überall wurden sie mitkommen gehalten. In den abgelegensten Dörfern, wo nur kleine Bauern wohnen, fanden unsere Redner freudige Aufnahme, und daß ihre Reden genußt haben, geht aus dem Umstande hervor, daß sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in manchen reinen Bauerndörfern geradezu verdoppelt hat.

Einen bezeichnenden Gegensatz zu den überall stark besuchten sozialdemokratischen Versammlungen bildeten die leeren Säle, die die Gegner meist voranden. Hatten sie vor der Hauptwahl den Wahlkampf in ziemlich anfänglicher Weise geführt, so wurde der Stichwahlkampf von den Bauernbündlern in echter Reichsverbandweise, mit den geschäftigsten Mitteln betrieben. Dr. Becker-Sprendlingen und Konforten zogen von Ort zu Ort und ließen ihre Stimbomben los, in unsere Versammlungen zu kommen, waren diese Durschen zu feige. Als alles nichts nützte, brachte man am Tage vor der Stichwahl das Friedberger Bombenverbrennen mit der Sozialdemokratie in Verbindung. Der elende Vubentreich ist ihnen indes sehr schlecht bekommen. Das Schandblatt sollte erst am Abend vor der Stichwahl verbreitet werden, um der Sozialdemokratie jede Antwort unmöglich zu machen. Es gelangte aber schon im Laufe des Donnerstag in die Hand des sozialdemokratischen Wahlkomitees, das sofort ein Gegenflugblatt, überzarien: „Ein Schurkenstreich“, herausgab. Dieses Flugblatt schlug ein wie eine Bombe — sicherlich hat den Wünder die niederträchtig-feige Spekulation sehr geschadet.

Ein schöner Sieg hat die unermüdete Arbeit der Genossen getront. Tag und Nacht haben sie mit einem Eifer für die Partei gearbeitet, der über alles Lob erhaben ist. Auf rund 500 Stimmen darf man die Referenden rechnen, die sie noch in die Stichwahlwahlacht gebracht haben, vom Freisium mag Bufold an 1300 Stimmen erhalten haben. Daß der Erfolg ein dauernder wird, das muß jetzt das Ziel der Parteiarbeit sein.

Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt zur Haltung des Freisiums im Kreise:

„1900, die den Liberalismus ernst auffassen und tatkräftig bei der Niederringung des Junkerregiments helfen wollen. Würde der Freisium allgemein auf diese Richtlinie einschwenken, so müßten die Konservativen mit einem Schlage Duzende Mandate verlieren.“

Dann fährt unser Parteiblatt fort: Wertvoller wie diese sicher politisch ins Gewicht fallende Haltung erscheint uns jedoch die schon im ersten Wahlgang markant

herangezogene Hintertreibung von Massen der Kleinbürger und Kleinbauern zur Sozialdemokratie und ihr Ausgehen auch in der Stichwahl, trotz der knappen Agitation für Helmolt.

Es wird sodann der Grund dieser Hintertreibung in der Erkenntnis der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden gefunden, daß ihnen die blinderische Zoll- und Wirtschaft- und Steuerpolitik nur Schaden bringt. Indes sei es das allein nicht gewesen. Der Artikel sagt über das weitere:

„Freilich hätten alle diese Umstände nicht bewirken können, daß gleich in der Hauptwahl ein so gewaltiger Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen eintrat, wenn nicht die sozialdemokratische Agitation, die nicht erst vor der Wahl einsetzte, die vielmehr nie ruhte, den Kleinbürger- und Kleinbauern nachgewiesen hätte, daß auch der Liberalismus an diesen Zuständen sein gut Teil Schuld trägt und daß speziell der Liberalismus von der „nationalen“ Spielart bei den Jöllnern und Sündern Stammgast war. Und endlich verstanden es unsere Genossen, den Kleinbauern die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus klar vor Augen zu stellen und erst recht den Kleinbauern die soziale Schädlichkeit des Grundbesitzes begreiflich zu machen, so daß sie erkannten: die Ueberführung des Grund und Bodens aus kapitalistischem in Gemeinbesitz ist ja unser, der Kleinbauern, Vorteil. Beispiele aus dem Kreise selber dienten dazu, die sozialdemokratischen Grundzüge und die Notwendigkeit ihrer Verwirklichung zu beweisen; das mickte!

So haben also allgemeine soziale Umstände die Wählermassen zu uns gebracht, nicht bloß der Born über die Steuerstände.

An der Hand der Resultate aus den einzelnen Orten kommt dann der Artikel zu dem Schluß:

„Jedenfalls zeigt die Stichwahl wie der erste Wahlgang an, daß Schaffles Wort vom antiolektivistischen Bauernschädel, an dem die Sozialdemokratie scheitern müsse, immer mehr seine Geltung verliert. Das Friedberg-Wädinger Wahlergebnis ermutigt unsere Genossen, überall die Agitation auch unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung mit jähem Ausbau zu betreiben. Haben wir erst überall, wie in Friedberg-Wädinger Massen ländlicher und bäuerlicher Wähler hinter uns, dann läßt den Jüngern und ihren Bundesgenossen keine Wahlkreisgeometrie, dann wird die ständliche Vergewaltigung der Industriebezirke durch die Junkertypen bis zu gewissem Grade weit gemacht.

Dieser Junkertypen werden die Wahlsieger wie ein Donner Schlag in die Ohren tönen. Ihrer Parasitenherrlichkeit Tage wären vorbei und gewesen, sobald allerorten der Liberalismus sich ermannet. Einen leeren Versuch, sich der Bedrücker des bürgerlichen Lebens zu erwehren, hat wenigstens ein Teil der Liberalen Friedberg-Wädinger gemacht. Leider müssen wir befürchten, daß der Vorgang Episode bleibt.“

Das revolutionäre China.

Vor 60 Jahren schrieb Karl Marx: „Wenn unsere europäischen Reaktionen auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pfosten, die zum Hort der Reaktion und des Konserwatibismus sind, wer weiß, ob sie nicht darauf die Ueberschrift lesen: République chinoise; Liberté, Egalité, Fraternité.“

Diese Prophezeiung scheint in unseren Tagen sich in ihren beiden Teilen bewahrheiten zu wollen: darin, daß die kapitalistische Reaktion aus Europa nach Asien hinübergreift, um dort neue Stützpunkte zu finden, und daß ihr vom Osten her die Revolution entgegensteht. Das konservative China hat aufgehört. China ist uns nicht mehr das Sinnbild der Stagnation. Was aus China jetzt kommt, bedeutet Unruhe, Kampf, vernichtendes Werden und werdende Vernichtung. Das revolutionäre China ist zur Tatsache geworden.

Wenn nun aber die bürgerliche Revolution 60 Jahre brauchte, um nach dem fernen Osten übertragen zu werden, so geht die chinesische Revolution das kapitalistische Europa unmittelbar an. Die Entwicklung drüben ist dabei von einer Kompliziertheit, die ihre europäischen Vorbilder und selbst die verworrenen Verhältnisse der russischen Revolution weit übersteigt. Unter dem Druck des Kapitalismus, im Drang nach dem Parlamentarismus, nehmen die sozialen Kämpfe in China die schwierigsten, unter Umständen auch recht bizarr und befremdliche Formen an.

Das wichtigste ist der Aufbruch in der Provinz Hunan, der mit einer Vernichtung der fremden Niederlassungen verbunden war. Er führte zur Absetzung des Gouverneurs und sonstigen Konzessionen an die Aufständischen, wodurch jedoch, trotz dem gleichzeitigen großen Aufgebot der militärischen Macht, nur eine sehr problematische „Beruhigung“ der Bevölkerung erreicht wurde.

Die unmittelbare Ursache dieses Aufbruchs war die Reiskrise, die im ganzen Reich herrscht, in einzelnen Provinzen aber zu einer furchtbaren Hungersnot geworden ist. Darin liegt noch nichts Neues: seitdem China besteht, gab es in China Hungersnöte, und seitdem es Hungersnöte gab, gab es auch Hungerrevolten. Die Erbitterung der Bevölkerung wurde dadurch verschärft, daß einzelne Großkaufleute den Reis auskauften, um damit Bücher zu treiben, und die Regierungsbeamten durch Zurückhaltung der Reisdorräte in den Staatsmagazinen ihnen dabei zu Hilfe kamen. Auch das ist eine durch die Tradition geheiligte Volksauspönerung. Allein es wurden außerdem noch aus den nördlichen Gebieten große Mengen Reis ausgeführt. Gelegentlich mag das auch in früheren Zeiten vorgekommen sein, jedoch in dem Maße, wie es jetzt geschah, war es eine wesentlich neue Erscheinung. Zwei kapitalistische Momente verschärften ungemein die Situation: erstens die Entstehung kapitalistischer Zentren im Lande, die durch ihre größere Kaufkraft die Reisdorräte aus den nördlichen Gegenden an sich zogen, zweitens die modernen Transportmittel, vor allem die Dampfer auf den Flüssen, die die Möglichkeit gewährten, den Reis schnell und in großen Mengen wegzuschaffen. Man begreift deshalb, warum die Menge über die Häfen, Speicher und Schiffe der Dampfergesellschaften herfiel. Ein auffallendes Nebenmoment: die japanischen Gesellschaften blieben verschont. Das von der Regierung erlassene Reisausfuhrverbot wurde umgangen; sein sichtbares Resultat war nur, daß sich in den Regierungsspeichern große Reismengen ansammelten, die dann von der hohen Beamtenchaft selbst nach den reicheren Provinzen, unter anderem nach Kooling, das wegen der dort zu eröffnenden Ausstellung einen großen Reisedbedarf hat, und nach Japan verschifft wurden. Das Volk, das hungerte, mußte also zusehen, wie man ihm das Brot vom Munde weg aus dem Lande brachte.

Der Kapitalismus, der die Hungerrevolte verschärfte und sie in einen Kampf der Massen gegen die Zentralregierung verbandelte, hat sogleich einen Kampf zwischen den Notabeln und der Zentralregierung entfesselt. Die Provinz Hunan ist erst in der jüngsten Zeit dem fremden Handel eröffnet worden. Die Notabeln, die in dieser Provinz reiche Grundbesitzer sind, stehen im allgemeinen den Neuerungen feindlich gegenüber. Sie werden durch den Kapitalismus wirtschaftlich differenziert: die soziale Schicht verliert ihre geschichtliche Grundlage, aber einzelne werden große Reichtümer. Doch die letzteren sind nicht minder gegen die Regierung, denn sie möchten selbst die Träger der kapitalistischen Entwicklung werden, sie sind national und beschuldigen die Regierung der Fremdenbegünstigung. Weiter aber noch als der wirtschaftliche geht der politische Gegensatz. Unter der alten lokalen Staatsverwaltung waren die Notabeln die eigentlichen Herren der Provinz,

Die zentrale Regierung, die sich auf eine moderne Armee stützt, macht dieser Herrschaft ein Ende. Darum sehnen sich jetzt die Notabeln an die Spitze des Aufstandes, um die Zentralregierung zu schwächen. Der Gouverneur der Provinz verfügte über 8000 Mann moderner Truppen. Es wird aber angenommen, daß diese ihm von den Notabeln, die sich mit einem Teil der Beamtenchaft verbänden, aus der Hand gewonnen wurden.

Ein drittes Element des Aufbruchs waren die Handwerker, die Maurer- und Zimmererzunft. Diese füßten sich bedrängt — durch die Entwicklung der Bautätigkeit. So seltsam das klingt, hat es doch seine guten Gründe. Denn der Kapitalismus brachte die moderne Bauart in die Provinz und mit ihr einen Zugang fremder Arbeiter, während die vielen Leute vom routinierten Handwerk, die steinerne Kolosse entstehen sahen, vergebens nach Arbeit herumfragten! Darum die Brandstiftungen, die Zerstörung der modernen Bauten, während das Leben der Ausländer gespart wurde.

Die Berichte aus China stimmen darin überein, daß die Verhältnisse in Hunan sich besonders scharf zuspitzen haben, daß jedoch diese Provinz keine Ausnahme darstellt. Die Ruhe im ganzen Reich wird nur noch durch die militärische Macht aufrechterhalten. Die modernisierte Armee ist die große Stütze der Regierung. Aber die Regierung verfügt nicht über die ganze Armee, denn die Zentralregierung ist selbst geteilt. Dem Prinzregenten steht Prinz Ching entgegen. Dieser hat die größere Zahl der Provinzgouverneure für sich und die ganze Truppenmacht im Umkreise von Peking soll unter seinem Einfluß stehen. Das Verhältnis war im Mai nach dem „Osterr. Abend“ derart, daß dem Prinzregenten in Peking 14 000 Mann zur Verfügung standen, während er von 24 000 Mann vor den Toren Pekings umlagert wurde. Um dieses Mißverhältnis zu beseitigen, wird einerseits die Leibgarde vergrößert, andererseits werden die Truppen aus der Umgebung nach der Provinz fortgeschickt. Dadurch wird die gesamte Militärmacht Pekings geschwächt und die fremden Zettlungen am Orte erblicken darin eine Gefahr für den Fall eines revolutionären Aufstandes. Die revolutionäre Verschwörerstätigkeit nimmt sichtbar zu. Erst dieser Tage brachte der Telegraph die Nachricht von der Verhaftung höherer Militärs, die einer revolutionären Verschwörung angehörten. Das ist bei der Stellung der Armee in China ein sehr wichtiges Symptom. Nicht lange Zeit vorher war das Attentat auf den Prinzregenten. Die Schuldigen wurden zu Zuchthaus verurteilt, die Zeitungen erklärten aber offen, daß wenigstens die wichtigste Persönlichkeit unter den Beteiligten, Wang, binnen kurzem überhaupt loskommen werde. Der Grund liegt darin, daß die Attentäter aus sehr einflussreichen Kreisen kommen. Angesichts der um sich greifenden revolutionären Gesinnung der Jugend — Schulstreiks sind zu einer täglichen Erscheinung geworden — sieht sich die Regierung veranlaßt, die Zulassung zur Beamtenlaufbahn einzuschränken. Dadurch wird die geheime Tätigkeit der Organisationen erst recht gefördert.

Nach dem Reformplan der Regierung tritt in diesem Herbst der Reichsausschuß, eine Art Herrenhaus zusammen. Der Vorgang wird von der Öffentlichkeit vollkommen mißachtet. Man verlangt in der Presse und in den Versammlungen einstimmig ein richtiges Parlament. Eine öffentliche, über das ganze Land verzweigte „Liga der Einmütigkeit“ wurde geschaffen, die jetzt ihren ständigen Ausschuß in Peking zur Beschleunigung der Eröffnung des Reichstages ernannt hat.

Das ist gewiß nur ein Momentbild aus China. Doch es zeigt eine wilde Bewegung, deren revolutionärer Charakter unerkennbar ist.

Die Regierung gegen die Konstitution.

Peking, 27. Juni. Die Regierung hat ihre Zustimmung zu einer Denkschrift verweigert, in welcher von Delegierten von Provinzen und chinesischen überseeischen Gemeinden die Gewährung einer Konstitution gefordert worden war. Die Regierung erklärt in ihrer Antwort, es sei unmöglich, den von dem verstorbenen Kaiser festgesetzten Zeitraum von neun Jahren abzukürzen, da die Bevölkerung für die Erlangung konstitutioneller Rechte noch nicht reif sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni 1910.

Der Zentrumserrat in der Reichsversicherungsordnungskommission.

Die Scherblätter teilen mit, daß in den letzten Tagen zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums vertrauliche Besprechungen stattgefunden haben, die voraussehen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Lesung der Kommission zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Annahme der Regierungsvorlage im großen und ganzen nur mit einigen nicht erheblichen Änderungen sein dürfte. Insbesondere sollen die in der ersten Lesung gestrichenen Versicherungsämter, auf die von der Regierung entscheidender Wert gelegt wird, in der zweiten Lesung angenommen werden, wogegen die Regierung sich zu einigen Zugeständnissen, insbesondere hinsichtlich der Regelung der Beiträge für die Krankenkassen, verstehen würde.

Die Nachricht klingt nach allem, was in der Kommission vorgegangen und namentlich nach dem feinerzeit von uns festgestellten Artikel der „Germania“, der den Entschluß des Zentrums erklärte, die Reichsversicherungsordnung mit Konservativen und National-Liberalen zu machen, sehr glaubhaft. Daß das Verfahren des Zentrums einen neuen Verrat an den Arbeitern bedeutet, liegt auf der Hand. Die Regierungsvorlage „mit unwesentlichen Änderungen“ ist eine erhebliche Verschlechterung des jetzigen Standes der Arbeiterversicherung. Allerdings heißt es in der Meldung, die Regierung werde Zugeständnisse machen bei der Verteilung der Beiträge, d. h. also bei den Bestimmungen, die die Rechte der Arbeiter in den Krankenkassen, die Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten betreffen. Das kann sie allerdings tun, ohne von ihrem Standpunkt wesentlich abzugehen. Denn das Zentrum hat ja in der Kommission schon zugegeben, daß die Wahl der Vorstehenden und der wichtigeren Beamten der Kassen den Vorständen genommen wird. Man kann dann den Arbeitern ruhig ihre Zweidrittelmehrheit im Vorstand der Kassen lassen — die Selbstverwaltung haben sie in ihren Hauptstädten ja auf alle Fälle verloren, wenn das Kompromiß des schwarzen Blodes mit der Regierung auf der Basis der Zentrumsvorschlüge zustande kommt.

Die Reichsfinanzen.

Ueber die finanzielle Lage des Reiches, wie sie sich für die Aufstellung des Reichsetats für das nächste Jahr darstellt, schreibt eine offiziös bediente Korrespondenz: „Durch die verstärkte Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, durch das Verleihen des Reichswaldenfonds, durch das weitere Anwachsen des Pensionsfonds und durch die Abänderung eines Drittels des Reibetrages aus dem Jahre 1909 ergibt sich für das Jahr 1911 eine Mehrausgabe gegen 1910 von rund

115 Millionen. Hieron gehen ab etwa 40 Millionen Mark infolge Wegfalls der einmaligen Beamtenbeihilfen und der Erbschaftsteuererhöhungen. Danach sind also zu bedenken 75 Millionen Mark mehr. Nach den ungünstigen Erträgen der Einnahmen des Reiches an Zöllen und Steuern kann man für das nächste Jahr im günstigsten Falle 60 Millionen Mark Mehreinnahmen gegen 1910 an Zöllen und Steuern annehmen. Danach verbleibt also ein Defizit von 15 Millionen Mark. Das Flottengeheiß sieht aber für das Jahr 1911 eine Mehrausgabe von rund 23 Millionen Mark vor, so daß also 38 Millionen Mark mehr zu bedenken sind. In der Bilanzierung des Etats mit achtzig hundert Millionen Mark müßte aber unter allen Umständen festgehalten werden. Und aus diesem Grunde werde es der größten Anstrengung und der vorzüglichsten Verteilung der Ausgaben auf die kommenden Jahre bedürfen, um den Etat zu balanzieren.“

Natürlich werden diese Anstrengungen erfolglos bleiben; einmal wird die Finanzreform des Schnapsblodes nicht ergehen, was ihre stümperhaften Urheber erwartet haben. Dann aber wird das uferlose Meer der Steuern zu Lande und zu Wasser schon für die Erzeugung eines neuen ungeheuerlichen Defizits sorgen. Das letzte Wort wird dann heißen: Neue Steuern.

Noch mehr zur tollen Leistung der „Germania“.

Aus Baden schreibt man uns: Der verrückte Häßlichkeit des Zentrumsblodes wird nicht der letzte dumme Streich sein, der dem ultramontanen Draufgängerum passiert. Die Angst vor dem Volksgericht, welches auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechtes über die Jöllner und Finanzreformatoren gehalten werden soll, bewirkt den Sinn der Schwarzgeris zur Kostur. Was die „Germania“ bei ihrer Schimpferei über die Einführung der Verhältniswahl in Baden und gegen die rote Gesellschaft noch übersehen hat, ist die im Bericht der Justizkommission der zweiten Kammer festgelegte Erklärung des Zentrums, daß auch dieses dem von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschten Wahlproporz für die Landtagswahl sympathisch gegenüberstehe, allerdings mit der Einschränkung, die Einführung der Verhältniswahl auf einen späteren Landtag zu vertagen, um aus dem Proporz, der jetzt für die Gemeindevahlen vorgesehen worden ist, noch weitere praktische Erfahrungen zu sammeln. Historisch erwähnt der Bericht, daß das Zentrum beim Kampfe um die Einführung der direkten Wahl in Baden gemeinsam mit der Sozialdemokratie auch für die Verhältniswahl eingetreten ist. Es ist auch bekannt, daß damals der Zentrumsführer Wacker die Priorität für den Proporzvertrag den Sozialdemokraten abstreifen wollte und diesen Proporz gegenüber dem Minister Dr. Schenk als eine damals schon sprunghafte Erneuerung verteidigte. Also der „Löwe von Jähningen“ muß in seinen alten Tagen zu den schlimmsten Erfahrungen noch das Leid erleben, von seiner Oberpriesterin „Germania“ unter die Verbürnen des babilonischen Wahlrechts geworfen zu werden. Ein bitteres Los!

Die Vertagung des Proporz auf eine nach der nächsten Landtagswahl liegende Zeit entsprach der Auffassung des babilonischen Zentrums, daß es im jetzigen Bunde mit den konservativ-protestantischen Bauernführern die reaktionäre Kammermehrheit sicherer erreichen würde als mit dem Proporz, der die Geschäftsgemeinschaft zur Liquidation zwingen würde.

Zur Verteilung der Wirkung der Verhältniswahl in Baden verweist der Kommissionsbericht des Abg. Wed auf folgende Statistik: Es würden bei der Verhältnisberechnung im gegenwärtigen Landtage haben: die Liberalen statt 24 nur 23 Vertreter, da aber die Sozialdemokraten ein Mandat gewinnen würden — 21 statt 20 — so behielte der sogenannte Großblock seine bisherige Stärke. Konservativ und Zentrum sinken von 20 auf 18 Mandate herab; der 73. Sitz würde einem Vertreter der Mittelstandspartei, also auch einem der Rechten nachstehenden Vertreter zufallen, so daß bei diesem Wahlmodus das Gesamtbild der zweiten babilonischen Kammer nicht verschoben würde.

Die „Germania“ hat übrigens nach unserer Abfertigung vom Sonnabend bis heute noch nicht die Sprache wiedergelangen. Anscheinend will sie ihren Lesern unsere Antwort verweigern und denkt gar nicht daran, ihre frechen Lügen zu widerrufen. Dafür ist sie das Hauptblatt der Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“.

Der Aufstakt zur Nachwahl in Zschopau-Marienberg.

Mit einer großen und eindrucksvollen Demonstration sind die Genossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises in die Wahlbewegung eingetreten. Auf einem großen Wiesengrundstück in Gelsenau fand die Versammlung statt, zu der trotz ungünstiger Witterung aus den Industriestädten und Dörfern des räumlich ausgedehnten Kreises die Genossen und Genossinnen in Scharen zusammengekömmt waren. Ueber 5000 Personen nahmen an dieser ersten Volks- und Wählerversammlung teil; ein gutes Zeichen für den beginnenden Wahlkampf. Freudig begrüßt wurde Genosse Paul Göhre-Zehlendorf als Kandidat aufgestellt. Dann sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. David-Mainz über die politische Situation im Reich, Genosse Landtagsabgeordneter Sindermann-Dresden berichtete über die Tätigkeit im Landtage und schließlich hielt Genosse Göhre eine Ansprache an die Versammelten, die begeistert Beifall gollten und einig waren in dem Gebanen: der Reich muß am 24. August wieder und für immer der Sozialdemokratie gehören.

Ein polnischer Nationalrat.

Die Vorgänge bei der letzten Posener Reichstagswahl, die zur Gründung der polnisch-demokratischen Volkspartei und zur Wahl des „Arbeiter“-Kandidaten Rowicki führten, sind den „Führern“ des polnischen Volkes, den Wäfen und Schloßhägern, arg in die Glieder gefahren. Mit allen Mitteln versuchen sie einer Wiederholung dieser Vorgänge zu begegnen und das allmähliche Erwachen des polnischen Volkes zu hintertreiben. Eines der Mittel ist die Gründung eines polnischen „Nationalrates“. Die polnische Presse veröffentlicht jetzt eine Kundgebung, in der es heißt:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Polen eine politische Organisation nicht besitzen, die kraft ihres Amtes das Recht hätte, sich als die Vertreterin des gesamten polnischen Volkes zu betrachten, daß ferner die Bildung einer solchen Organisation gegenwärtig den größten Schwierigkeiten begegnen würde, und da der Mangel einer solchen Organisation auf die allgemeinen politischen Verhältnisse der Polen ungünstig einwirken, konstituiert das polnische Zentralwahlkomitee sich selbst als eine Organisation, die die Vertretung haben soll, im geeigneten Augenblick die nötige politische Aktion einzuleiten.“

Das Komitee beabsichtigt durchaus nicht die Rechte der polnischen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu beschränken oder die Selbstständigkeit der polnischen Fraktion zu hemmen; es will vielmehr nur, wo es nötig erscheinen sollte, bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten grundlegende Beschlüsse fassen, die für das gesamte Polentum als Richtschnur dienen sollen. Nach gefasstem Beschluß sollen alle Polen an dem Beschluß des Komitees gebunden sein. Wählerversammlungen sollen nur von dem legalen Wahlkomitee einberufen werden. Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit, jedoch dürfe die Minderheit nicht verewaltigt werden.“

Soweit die Kundgebung des Zentralwahlkomitees der Polen im Deutschen Reich. Die Sache ist nicht übel ausgedacht, sie hat aber einen Faken: wenn die Posener „Sezessionisten“, die schon jetzt auf die Entscheidungen und Drohungen des Zentralwahlkomitees pfeifen, nur auch auf die Entscheidungen des „Nationalrates“ pfeifen? Das Organ der polnischen Demokraten, der „Kurjer“, macht bereits gegen den sogenannten „Nationalrat“ mobil und meint

Höhnisch, die Gründung des „Nationalrates“ sei ein Staatsstreik, mit dem man sich nur lächerlich mache.

Zunächst fällt dem neugegründeten Nationalrat auch nur die Aufgabe zu, das polnische Volk weiterhin vor jeder selbständigen Regierung zu bewahren, um es weiter am Gängelbande zu führen. Die Laten der polnischen Führer, der Reichstagsabgeordneten, haften aber dem polnischen Volke so im Gedächtnis, daß alle Wägen, Partei- oder Nationalratsgründungen auf die Dauer nicht mehr verhindern können, daß ihm doch endlich die Augen über seine Verräter aufgehen.

Der Zollkonflikt mit Frankreich.

Als bei Beratung der Finanzreform die sozialdemokratischen Abgeordneten die Erhöhung der Schaumweinsteuer und Zölle bekämpften, erklärten sie sofort, daß diese Zollerhöhungen Frankreich zu Gegenmaßnahmen gegen unsere Industrie veranlassen würden. Die Opfer auch dieser Steuer würden also doch wieder die Arbeiter werden. Die Prophezeiung unserer Genossen ist pünktlich eingetroffen, die französischen Schutzzöllner haben die Gelegenheit der französischen Tarifrevision benützt und die Zölle auf einige wichtige Artikel der deutschen Ausfuhr erhöht; eine Reihe anderer Erhöhungen, die auch geplant waren, unterblieb allerdings auf Vorstellungen der deutschen Regierung. Nun hat die deutsche Regierung, wie wir bereits mitteilen, angeblich aus fiskalischen Gründen, die bisher zugestandene Zollermäßigung plötzlich aufgehoben.

Bei der Finanzreform war der Zoll für eingeführten Wein auf 272 bis 350 M. und für Schaumwein auf 180 M. pro Doppelzentner festgesetzt worden. Gleichzeitig ermächtigte man den Bundesrat, diese Zölle ab 10. Juli 1909 um 50 Mark zu erhöhen. Von dieser Befugnis hatte der Bundesrat Gebrauch gemacht. Es ist kein Wunder, daß die plötzliche Aufhebung in Frankreich große Verstimmung hervorgerufen hat. Man ist nicht nur über die materielle Bedeutung der Zollerhöhung, sondern auch über die hinterhältige Form, mit der die deutsche Regierung dabei vorging, empört. Der frühere Minister Méline meinte, daß unter dem Druck des deutschen Exporthandels, der durch einige Erhöhungen unseres Tarifs sich beschwert fühlt, die deutsche Regierung glaubte Maßnahmen „treffen zu müssen, die wie Repressalien aussehen.“ Die Sprache der Zeitungen, die mit dem Beschluß einverstanden waren, läßt an dieser Tatsache keinen Zweifel. Und nun ruft Herr Méline, das Haupt der französischen Schutzzöllner selbst nach Repressalien.

So beschwört der kurzfristige Fiskalismus Vermuths die Gefahr eines Zollkrieges herauf und droht, an Stelle der endlich etwas besseren Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder Mißtrauen und Feindseligkeiten zu wecken. Dabei mißt sich Herr Vermuth über die politischen Folgen seiner fiskalischen Maßnahmen klar sein. Wenn die Regierung dennoch aus kleinlich fiskalischem Interesse die Gefahr eines Zollkrieges und diplomatischer Verstimnungen hervorgerufen hat, so ist das eine außerordentliche Leichtfertigkeit. Es muß verlangt werden, daß sie nun wenigstens alles aufbietet, um den durch ihre Verschulden heraufbeschworenen Konflikt zu beseitigen.

Kandidatenwechsel in Potsdam-Osthavelland.

Der Reichstagsabgeordnete Pauli, der konservativ-berliner Vertreter von Potsdam-Osthavelland, ist mandatsmüde und wird bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren. Die konservativen Vertrauensmänner des Kreises haben darauf für die nächsten Reichstagswahlen den freikonservativen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Lüdke-Spandau als Kandidaten aufgestellt.

Noch immer verhandlungsunfähig.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt heute offiziell mit, daß es nichts ist mit der erneuten Verhandlung des Eulenburg-Prozesses. Es heißt in der Notiz:

Seitens der Staatsanwaltschaft ist der Herr Eulenburg nach eingeholten Gerichtsbeschlüssen durch den Rechtsanwält Dr. Stoerner im April und im Mai d. J. untersucht worden und zwar beim zweiten Male auch mittels Röntgen-Apparat und mittels Orthodiagraph. Diese Untersuchungen haben erneut ergeben, daß Herr Eulenburg nicht verhandlungsfähig ist und daß sein Herzleiden (Atherosklerose und Herzvergrößerung) weiter fortbesteht. Die Staatsanwaltschaft ist daher außer Stande, die Anberaumung eines neuen Hauptverhandlungstermins zu beantragen.

Frankreich.

Zusammenstoß bei einem Arbeiterbegräbnis.

Paris, 26. Juni. Zahlreiche Gewerkschaften beteiligten sich heute an dem Leichenbegängnis eines Kunststichlers, der bei einem Zusammenstoß mit der Polizei kürzlich getötet worden war. Als der Zug auf dem Wege nach dem Friedhof das Faubourg Saint Antoine passierte, wurden auf Polizeibeamte fünf Revolvererschüsse abgegeben, durch die ein Beamter leicht verletzt wurde. Die Leichenschmer durchdrachen sodann die Postenkette der Polizei, wobei wiederum Revolvererschüsse abgegeben wurden, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Nach der Verlesung sammelte sich eine große Menge von Demonstranten um rote und schwarze Fahnen und schlug, die Internationale singend, die Straße nach Paris ein. In ihren Reihen befanden sich zahlreiche Frauen und Kinder. Das flandrische Tor war von Polizei und Kavallerie bewacht. Die Manifestanten wurden zunächst aufgefordert, auseinanderzugehen; dann zog die Polizei blank. In diesem Augenblick fielen mehrere Schüsse; es entstand ein Handgemenge, bei dem mit Häuten, Stöcken und Säbeln aufeinander losgehauen wurde. Die Manifestanten flohen nach allen Seiten. Viele stürzten dabei zur Erde, Frauen und Kinder wurden mit Füßen getreten. Als die Kavallerie ebenfalls blank zog, wurde das Handgemenge allgemein, und es floh Blut. Eine Anzahl Verwundeter blieb auf dem Platze. Um 9 Uhr abends war die Ruhe fast völlig wiederhergestellt. Die Zahl der Verletzten ist beträchtlich.

Die Zahl der Verletzten.

Paris, 27. Juni. Im Laufe der gestrigen Unruhen wurden etwa fünfzehn Polizeibeamte und zwanzig Revolverer verletzt, jedoch niemand schwer. Fünf Verhaftungen wurden aufrecht erhalten.

Eine Erklärung Briands.

Paris, 27. Juni. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratung der Interpellationen über die allgemeine Politik fort. In Beantwortung der Ausführungen verschiedener Redner erklärte Ministerpräsident Briand, die Regierung wolle sich bei der Ausübung der öffentlichen Gewalt auf die republikanische Mehrheit stützen. Bei den Kämpfen, die die Republik zu bestehen gehabt habe, habe sie bisweilen, um sich den Sieg zu sichern, bis zum äußersten gehen müssen, wenn aber die Schlacht gewonnen sei, sei es die Pflicht eines Führers, der seine Arme nicht anzuhalten, damit sie ihren Sieg nicht bekümmere. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Die republikanische Partei habe die Macht und sie habe, um die Regierung für alle führen zu können, gewisse Verpflichtungen, ohne deshalb ihre Ansichten aufzugeben.

Militär gegen Streikende.

Paris, 27. Juni. In Trélagé (Dep. Maine-et-Loire) kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen ausständigen Arbeitern der Schieferbrüche und Gendarmen und Dragonern, wobei etwa 60 Personen verwundet wurden, unter ihnen neun Arbeiter schwer. Nach Trélagé sind Truppenverstärkungen abgegangen.

Belgien.

Die Sozialdemokratie und der Wahlausfall.

Brüssel, 27. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Arbeiterpartei hat einen außerordentlichen Parteikongress einberufen, um zur Situation nach dem Wahlausfall Stellung zu nehmen. Der Kongress beschloß heute eine Resolution, in der erklärt wird, daß die durch den Wahlausfall entstandene Situation sich als eine revolutionäre darstelle, denn die Regierung repräsentiere nicht mehr die Majorität des Landes. Die Resolution kündigt an, daß die sozialistischen Abgeordneten sofort nach dem Zusammentritt der Kammer die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Aufrechterhaltung der Regierungsmacht stellen werden. Sie werden die Revision des Proportionalwahlverfahrens fordern, das die belgischen Wähler so eingerichtet haben, daß der Wille der Majorität gar nicht zum Ausdruck gelangen kann. Mit aller Kraft müsse die Partei die Auflösung der Kammer durchzusetzen versuchen. In ganz Belgien soll eine Agitation einsetzen von derselben Stärke, die zur Wegweisung des Jansenwahls geführt habe. Zugleich müßte die Notwendigkeit der Sozialreform energisch betont werden. Der Kongress erklärt, daß die Propaganda für diese Plattform verbunden werden müsse mit der scharfen Betonung des Klassencharakters der sozialistischen Politik und mit der Hervorhebung alles dessen, was uns von den bürgerlichen Parteien scheidet.

Spanien.

Eine republikanische Demonstration.

Bilbao, 27. Juni. Die radikalen Republikaner veranstalteten hier gestern in lärmender Weise revolutionäre Kundgebungen. Als die Polizei einschritt, bewarfen die Aufständigen die Beamten mit Steinen und verwundeten einen von ihnen. Darauf drangen sie in den Klub der Radikalen. In dem nun folgenden Tumult wurde eine Person getötet, sieben andere wurden schwer verletzt. Die Ruhe wurde erst durch Einschreiten des Gouverneurs wiederhergestellt, der den Manifestanten gestattete, ihren Weg fortzusetzen.

Die Antwort der Regierung.

Madrid, 27. Juni. Ministerpräsident Canalejas erwiderte in seiner Antwort auf die letzte Protestkundgebung des Episkopats, die Regierung habe ein Werk der Toleranz und des Friedens unternommen, für das sich bei den letzten Wahlen die Mehrheit erklärt hätte, das Dekret betreffend Auslegung des Artikels 11 der Verfassung verlege in keiner Weise das Konordat, sondern führe nur auch in Spanien Gewissensfreiheit ein.

Portugal.

Ende der Kabinettskrise.

Lissabon, 26. Juni. Nach langen Schwierigkeiten ist es endlich gelungen, ein Kabinett zustande zu bringen. Teixeira de Souza, der Führer der „Regeneradores“, die aber nur eine Minorität in der Kammer haben, übernimmt das Präsidium.

Mexiko.

Präsidentenwahl.

Mexiko, 27. Juni. Diaz wurde zum Präsidenten der Republik, Corral zum Vizepräsidenten mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Rußland.

Der Rechtsdrang besiegelt.

Petersburg, 27. Juni. Der Reichsrat hat den Befehl betreffend Finnland in der von der Reichsduma genehmigten Fassung angenommen.

Aus der Partei.

Landesparteiing für Schwarzburg-Rudolstadt.

Am Sonntag tagte in Rudolstadt der Landesparteiing für Schwarzburg-Rudolstadt. Es waren 21 Orte durch 40 Delegierte vertreten. Im ganzen Lande sind circa 1500 Genossen politisch organisiert. Für das Berichtsjahr 1908/10 balancierten die Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 6852,39 M. Das von den Gewerkschaften und der Partei ins Leben gerufene Arbeitersekretariat hat sich als eine dringende Notwendigkeit gezeigt. Im letzten Jahre sind 2028 Auskünfte erteilt worden.

Ueber die Reichstagswahl referierte der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Landtagsabgeordneter Hofmann-Saalfeld. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß es gelingen werde, den Wahlkreis, den wir schon in der vorigen Legislaturperiode besaßen, diesmal wieder zurück zu erobern. Der Bericht über die Presse zeigte, daß im Gegensatz zur vorjährigen Stagnation das „Volkblatt“ in diesem Jahre bereits um 450 gestiegen ist, die Abonnentenzahl beträgt zurzeit 3200; davon entfallen auf Schwarzburg-Rudolstadt 2400, auf Meiningen I 600, auf Meiningen II (den Sonneberger Bezirk ausgenommen) 2000. Es war in Berücksichtigung der im vorigen Jahre noch herrschenden schlechten wirtschaftlichen Lage ein Defizit von 1200,32 M. zu verzeichnen. Von einer Reihe Orte sind Anträge eingegangen, die sich auf die Tätigkeit der Landtagsabgeordneten beziehen. Sämtliche Anträge wurden der Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Das System der hohen Geldstrafen.

Das „Volkblatt“ für Halle schreibt: „Vor kurzem wurde Kollege Leopoldt zu 800 M. verurteilt, am Montag folgte Kollege Kasparek mit 600 M. und heute wurde Kasparek abermals von der Schuberikammer zu 800 M. verurteilt.“

Beleibt sein sollten Unteroffiziere in Torgau. In drei Prozessen 2200 M.! Die Halle'sche Justiz darf sich sehen lassen.“

Von den „Genossen“ in den Tod getrieben.

Unter dieser Stichmarke geht durch die vom Reichsverband geführte Presse die Schauererde, daß der Kassierer Gräber von der Ortskrankenkasse zu Freiberg in Sachsen, der sich das Leben genommen hat, einen Brief hinterließ, in welchem er, der Sozialdemokrat war, erklärt, daß er von den „Genossen“ und vor allem vom Vorsitzenden der Kasse, Wieligt, in den Tod getrieben worden sei. Man habe von dieser Seite wegen seiner Unregelmäßigkeiten, die lediglich aus seiner Arbeitsüberlastung resultierten waren, seine Entlassung betrieben, nachdem er seinen Wosten schon 19 Jahre lang bekleidet hatte. Eine sofort von der Behörde vorgenommene Revision der Kasse habe ergeben, daß diese in vollster Ordnung war.

Genosse Wieligt, Vorsitzender der Kasse, hat in unserem Freiburger Parteiblatt, der „Volkzeitung“, eine längere Erklärung

erlassen, aus der hervorgeht, daß sich Gräber nicht kleine, sondern sehr erhebliche Summenleihen und Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ. Deshalb wurde vom Vorsitzenden die Entlassung beantragt, um so mehr, als ihm Gräber ein Schreiben unterschlagen hatte. Der Vorstand beschloß einstimmig, Gräber nicht sofort zu entlassen, sondern ihm einen 14tägigen Urlaub zu geben. Das ist der wahre Sachverhalt.

Aus der chronique scandaleuse der italienischen Partei.

Rom, 25. Juni. (Fig. Ver.) Eine in Genua erscheinende sozialistische Tageszeitung, „Il Lavoro“, hat eine Radwettfahrt organisiert und für die Sieger Preise erbeten, unter anderen hat sie sich auch an den König gewandt, der eine prachtvolle goldene Medaille geschenkt hat mit einem Begleitschreiben, das das Blatt sehr wohlwollend kommentiert. Das Genuaer Blatt ist Eigentum der Gewerkschaften und Genossenschaften der Provinz, ist also kein Parteiorgan, aber seine Redaktion besteht aus Sozialisten, und der Chefredakteur ist der sozialistische Abgeordnete (!) Genosse Canepa. Das ist offenbar „reformistische“ Politik.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Montag, den 27. Juni.

Rechtsverhältnisse der dauernd Angestellten

Der Orts-, Land- und Innungs-Krankenkassen, die nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind, will die Vorlage in folgender Weise regeln: Eine Dienstordnung muß aufgestellt werden. Sie bestimmt die Rechts- und die allgemeinen Dienstverhältnisse der Angestellten, insbesondere ihre Zahl, die Art der Anstellung, das Ausruhen in höhere Stellen, den Besoldungsplan, die Kündigung oder Entlassung und die Befreiung von Strafen. Die Dienstordnung muß vom Oberversicherungsamt genehmigt werden, ebenso ihre Aenderung. Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere wenn Zahl oder Besoldung der Angestellten in auffälligem Mißverhältnis zu ihren Aufgaben steht. In Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis entscheidet das Versicherungsamt. Der Vorstand einer Orts-, Land- oder Innungs-Krankenkasse kann mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen. Für Orts-, Land- und Innungs-Krankenkassen mit mehr als 10 000 Versicherten kann das Oberversicherungsamt anordnen, daß mindestens die Geschäftsleiter in dieser Weise angestellt werden. Den Beamten, die in dieser Weise angestellt sind, überträgt die Landesregierung die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten.

Die Sozialdemokraten brachten einen Antrag ein, in dem eingehend die Rechtsverhältnisse der Angestellten geregelt sind. Auch nach diesem Antrage sollen die Krankenkassen eine Dienstordnung für ihre Angestellten aufstellen. Den Inhalt der Dienstordnung wollten aber die Sozialdemokraten viel ausführlicher haben. So sollte in der Dienstordnung aufgeführt sein die achtstündige Arbeitszeit, Ferienurlaub, Gehaltszahlung bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung, Dienstalterszulagen, die Entlassungsgründe usw. Ferner sollte das Beschwerderecht der Angestellten geregelt werden, die Vermittlung des Angestellten-Ausschusses und des Einigungsamtes angerufen werden können.

Die Debatte hierüber nahm die ganze Sitzung in Anspruch. Graf v. Westarp ging auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 21. März 1910 ein, durch die gewisse Teile der Verträge auf Grund des ersten Vertragsformulars der Angestelltenverbände für unzulässig erklärt worden sind, weil ihr Inhalt gegen die guten Sitten und die Vorschriften der Krankenversicherungs-Gesetzgebung verstöße. Graf v. Westarp führte diese Verträge als ein Beweis dafür an, daß die sozialdemokratischen Kassenverbände ganz unfähig seien, die Beamtenstellen in den Kassen sachgemäß zu besetzen und die Rechtsverhältnisse der Angestellten zu regeln. Ganz besonders aber beurteilte er die Bestimmung des Vertragsformulars, daß die Bestrafung wegen eines politischen oder religiösen Delikts und die Verbüßung einer derartigen Strafe keinen Kündigungs- oder Entlassungsgrund abgeben dürfe. Er folgerie daraus, daß ein Königsräuber, ein Hochverräter usw., der zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt würde, Kassenbeamter bleiben müsse.

Sowohl die Nationalliberalen als auch das Zentrum entrüsteten sich ebenfalls über diese Verträge. Die Genossen Hoch, Kollensbühr und Schmidt stellten fest, daß das Vertragsformular schon seit zwei Jahren durch ein anderes ersetzt worden sei. Angeregt sei fernerzeit die ganze Sache durch die bekannte Veröffentlichung des Geheimrats Dr. Hofmann aus dem preußischen Handelsministerium, die die Befürchtung hervorrief, daß bei der nächsten Reform der Krankenversicherung die Krankenkassenangestellten auf die Straße geworfen und durch Militär-Anwärter ersetzt werden würden. — Wegen dieser Gefahr wollten sich die Angestellten durch jenes Vertragsformular schützen. Sobald die Angestellten aber erkannt hatten, daß die Formulierung der Vertragsbestimmungen in einigen Punkten juristisch ganz anders ausgelegt wurde, als sie gemeint waren, vereinbarten sie ein neues Vertragsformular, in dem alle anstößigen Bestimmungen bis auf die über die politischen Delikte beseitigt sind. Ganz unbedeutend sei es aber, die sozialdemokratische Partei für die Vertragsformulare verantwortlich zu machen, da gerade von Sozialdemokraten oft genug Einsprüche gegen die Formulare erhoben worden sei. Auch zeigen die Anträge der Sozialdemokraten zu diesem Abschnitt der Vorlage, daß sie im Gesehe selbst die Rechtsverhältnisse der Angestellten sachlich regeln und damit die Mißstände von vornherein auf diesem Gebiete beseitigen wollen.

Freilich wollten die gegnerischen Parteien auch von diesen Anträgen nichts wissen. Die Abg. Erzberger und Becker wendeten sich gegen die Anträge mit der Behauptung, dadurch werde das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter geschmälert. Sie müßten sich von unseren Genossen darüber belehren lassen, daß eine sachgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten nicht das geringste mit der Selbstverwaltung zu tun habe. Ganz besonders wendete sich der Abg. Erzberger gegen den Artikel 1 und 2 für die Angestellten, den Ferienurlaub und die dauernde Anstellung nach einer Probezeit von zwei Jahren; das gehe viel zu weit.

Graf v. Westarp und Herr Dr. Goerde bedauerten es sehr, daß nicht ein besonderes Vorzugsrecht für die Militär-Anwärter bei der Befreiung der Beamtenstellen im Gesehe ausgesprochen werde.

Bei der Abstimmung wurden fast alle Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Nur die Bestimmung wurde angenommen, daß die Ausübung des Vereinsrechts oder die religiöse und politische Betätigung der Angestellten nicht gehindert werden dürfen und nicht als Gründe zur Kündigung oder sofortigen Entlassung gelten. Dazu wurden aber die Zusätze des Zentrums angenommen, daß dies nur gilt für die Tätigkeit der Angestellten außerhalb ihres Dienstes und im Rahmen der Strafgesetze. Die Anregung der Sozialdemokraten, daß die Angestellten nach einer Probezeit von zwei Jahren nur aus bestimmten Gründen entlassen werden können, nahm die Kommission in der Form an, daß die Entlassung nach einer fünfjährigen Probezeit nur aus einem „wichtigen“ Grunde erfolgen dürfe.

Im übrigen stimmte die Kommission den Bestimmungen der Regierungsvorlage mit einigen vom Zentrum beantragten Änderungen zu. Bezeichnend ist es, daß das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen auch der Bestimmung zustimmte, daß die Landesregierungen befugt sind, den Angestellten, die auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellt sind, die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten zu übertragen. Damit können diese Beamten der Disziplinargewalt der Behörden unterstellt werden.

Fortsetzung Dienstag.

Gewerkschaftliches.

In der Tat „saure Trauben“!

Am der Nummer 51 des „Gewerkschafts“, Zentralorgan und Korrespondenzblatt der deutschen Gewerkschaften, führt sich der patriotische Redakteur, der in der vorausgegangenen Nummer so schön von dem „König von Württemberg, der, wie einst Graf Eberhard im Barte, sein Haupt ruhig in jedes Bürger's Schoß legen kann“ und von „freundlichen beantworteten Jubiläumstelegrammen“ geschwärmt hat, bemüht, den „Vorwärts“ anzurempeln. Unter der Ueberschrift „Saure Trauben, meint er, der „Vorwärts“ brauche sich über die Zukunft des neuangeschlossenen „Verbandes württembergischer Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunterbeamten und der Arbeiter in Staatsbetrieben“ keine Sorgen und Kopfschmerzen zu machen. Er behauptet, wir hätten uns nur die Sorgen gemacht, weil sich die Organisation nicht den freien Gewerkschaften angeschlossen habe.

„Da der Anstoß aber an die deutschen Gewerkschaften erfolgt ist, gleich müssen einige herabsetzende Bemerkungen gemacht werden. Das sozialdemokratische Blatt kann nun einmal nicht anders. Aber so dumm sollte es die Sache doch nicht anstellen und seinen Kerger in dieser plumpen und tolpatischen Weise zu erkennen geben. Sein Verhalten erinnert an das des Fuchses, dem die Trauben zu sauer waren, weil sie zu hoch hingen.“

Wir wollen gern im Fabelbilde bleiben und uns ausmalen wie der Herr Goldschmidt bei den Trauben saß und den „fürmischen Beifall für die von hoher Begeisterung für die Ideale der deutschen Gewerkschaften getragene Rede fand.“ Uns aber desto mehr Leid und tolpatische Mißgunst dazumachen, liegt keine Veranlassung vor. Die freien Gewerkschaften können allein aus 10 ihrer vorwiegend kleineren und mittleren Organisationen im ersten Quartal 1910 einen Mitgliederzuwachs von über 16 300 konstatieren. Dagegen verschwinden die mit dieser Mühe ausgegabene an g e b l i c h e n 8 0 0 0 schon. Und hier kommen wir nochmals auf „die Kopfschmerzen“ zu sprechen, die wir uns darum gemacht haben, „ob die Gewerkschaftenleitung auch immer so zufrieden sein wird, wenn sie von der neu angeschlossenen Organisation spricht“. Der „Gewerkschafts“ redet von rund 8000 Mitgliedern. Nach uns vorliegender offizieller Statistik hatte der Verband Ende 1908 8380 Mitglieder. Warum jetzt die schämige Ab- rundung nach unten? Das Verbandsvermögen weist jetzt bei der Uebernahme „beinahe 15 000 M.“ auf. Ende 1908 waren es — nach der schon genannten offiziellen Statistik — 19 425 M. Der Rückgang um bald 25 Proz. im Verbandsvermögen fiel uns auf und deswegen zweifeln wir an der dauernden Hirsch-Dunderschen Zufriedenheit über diesen Anstoß.

Man sieht: Die Trauben sind in der Tat sauer! Und das Entzücken bei der Einberleiung derselben ist entweder erheuchelt oder aber — was noch bedauerlicher wäre — die Folge eines unzulänglich entwickelten Geschmacksinnes.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schmiede.

Die bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen Groß-Berlins haben am Montagmorgen die Arbeit eingestellt. In einer starkbesuchten Versammlung, die am Sonntag bei Freyer in der Kopenstraße stattfand, wurde der Streik beschlossen, nachdem die Berichte des Vertreters der Organisation und des Mitgliedes Köhler vom Gesellenausschuß ergeben hatten, daß kein anderer Ausweg mehr blieb, wollten die Gesellen nicht auf die so notwendige Verbesserung ihrer Lage verzichten. In der Versammlung am 15. Juni hatten die Gesellen noch einmal ihre Vertreter beauftragt, auf gutlichem Wege zu einer Verständigung mit den Meistern zu gelangen. Alle Bemühungen waren fruchtlos. Die Meister wollten nicht die gewünschten Zugeständnisse machen, sie wollten nicht einmal darüber in eine Verhandlung eintreten; am wenigsten war die Berliner Innung dazu geneigt.

Schlinsky schilderte den Empfang bei dem Obermeister Warneke, der von einer Unterhandlung zwischen der Innung und dem Zentralverbande durchaus nichts wissen wollte. Warneke meinte, eine Zwangsbinnung dürfe überhaupt nicht mit einer Arbeiterorganisation einen Tarifvertrag abschließen. Man belehrte den Obermeister, daß er sich im Irrtum befinde, man bewies ihm, daß schon manche Innung solche Verträge abgeschlossen habe. Das nützte alles nichts, der Obermeister blieb bei seiner Meinung und verlangte ganz ernsthaft, daß die Gesellen zuerst dafür sorgen sollen, daß die Meister bessere Preise bekommen. (Große Heiterkeit.) Der Herr Warneke war auch sehr erbot über den Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 136), der von der Lohnbewegung der Schmiede handelte; aber er konnte nichts dagegen anführen, als er dazu aufgefordert wurde.

Wald nachdem die Arbeitervertreter Herrn Warneke verlassen hatten, setzte er sich hin und schrieb den folgenden Brief:

Berlin, 17. Juni 1910.

Den geehrten Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß die auf schriftlichem Wege gemachte Umfrage allseitig ein gutes Resultat ergeben hat. — Die Forderungen sowie ein Verhandeln mit dem Zentralverbande sind einstimmig abgelehnt worden.

Die Kollegen wollen nunmehr durch diese gemachte Mitteilung strikte daran festhalten. — Eine außerordentliche Versammlung findet dann erst statt, wenn sich der Gesellenausschuß bequemt, den ihm durch das Statut vorgeschlagenen Weg einzuschlagen.

Vor zirka einer Stunde erlaubte sich der stellv. Altgeselle Herr Vetter in Begleitung, oder besser mit seinem Vornamen, Herrn Schlinsky vom Zentralverbande, bei mir vorzusprechen, ich habe natürlich jede Verhandlung mit demselben abgelehnt. Sie hatten beide nun nichts Besseres zu tun, als zum Generalsekretär Herrn Rasse zu gehen und diesen um Vermittelung zu bitten. Dieser aber sagte ihnen einfach: „Ich habe der Innung doch nichts vorzuschreiben; der Obermeister hat seine Statuten.“

Man sieht hieraus, daß die Herren sehr im Druck sein müssen und bange vor einer wirklich aus Innungsgesellen bestehenden Versammlung haben.

Zugleich mache ich den Kollegen die Mitteilung, daß die Genehmigung der Statutenänderung betr. § 15 erfolgt ist und die Kollegen laut Innungsbeschuß vom 25. Februar 1910 korporativ dem Arbeitgeberverbande angeschlossen sind.

Mit Gruß

F. Warneke, Obermeister.

Schlinsky unterzog in seinem Bericht diesen Brief einer scharfen Kritik. Wichtig sei, daß er und Vetter sich zu dem Generalsekretär Rasse begeben hatten, denn es war ihnen klar, daß zwischen der Innung und dem Arbeitgeberverbande keine Verständigung bestehen könnte, sobald der wahre Sachverhalt aufgedeckt würde. Rasse erklärte auch, daß ihm nicht bei Anwalt, daß bereits ein Tarifvertrag mit der Innung bestand, der Mitte Mai gekündigt worden war. Rasse fand den Standpunkt des Obermeisters Warneke „undegreiflich“. Er meinte, es sei doch notwendig gewesen, irgendwo zu verhandeln; er könne aber die Innung zu nichts zwingen. Die Sache gewinne erst dann Gewicht, wenn die Innungsmeister Streikunterstützung vom Schwerverband verlangen. — In seinem Schreiben an die Herren Kollegen erzählt der Obermeister Warneke von allem kein Wort. Er gibt im Gegenteil ein falsches Bild von der Ansicht des Herrn Rasse, dessen wirkliche Ansicht Warneke aber kannte und die für die kleinen Meister, die sich auf den Schwerverband verlassen, sehr wichtig ist.

Und Warneke macht noch besonders auf den Schwerverband aufmerksam.

Ein zweites Schreiben des Obermeisters an die Herren Kollegen sei noch bekanntgegeben:

„Euer Wohlgeboren

werden hierdurch nochmals eindringlich ermahnt, nicht mit den Verbandsvertretern zu verhandeln, noch das heute zugesandte Schriftstück zu unterschreiben.

Wer dies tut, bleibt nicht mehr Herr seiner Werkstelle und verkauft sich selbst dadurch.

Die aufgestellten und unerschämten Forderungen gehen auch nur von einem Bruchteil Unzufriedener aus, und bitten wir deshalb die Kollegen, ruhig zu bleiben und nichts Ueberreiztes zu unternehmen.

Berlin, 21. Juni 1910.

Mit kollegialischem Gruß

F. Warneke, Obermeister.

Bei den Innungen von Charlottenburg und Nizdorf fand die Kommission der Gesellen etwas mehr Entgegenkommen und Verständnis, aber man blieb bei Veretzungen und verlangte immer weiteren Aufschub. Die Gesellen aber wollten endlich Taten sehen und die Kommission ging weiter vor. Sie wandte sich an die einzelnen Meister, und mancher zeigte sich den Wünschen der Arbeiter zugänglich, um so mehr, als die Geschäftsleitung den Tarifentwurf einer neuen Tuschicht unterzogen hatte und die Lohnforderungen etwas ermäßigte. Dadurch war jedem Meister, der den Frieden wünschte, Gelegenheit geboten, mit seinen Gesellen die Differenzen zu schlichten. Als Minimallohne wurden festgesetzt: Für den Schirmermeister 72 Pf. pro Stunde, für Feilbänker oder Beschlagschmiede 62 Pf. und für Stodgesellen 55 Pf. Vom 1. Juli 1911 ab erhöhen sich diese Löhne um je 3 Pf. Wo die angeführten Lohnsätze schon bestehen, soll eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gewährt werden. In Kost und Logis darf nicht gearbeitet werden. Die Arbeitszeit soll neun Stunden täglich betragen, von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei zwei Stunden Pause; Sonntags wird nicht gearbeitet, Sonnabends ist 1 Stunde früher, an den Tagen vor den hohen Feiertagen 2 Stunden früher freierabend. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen stattfinden und werden mit 20 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt.

Eine Anzahl Unterschriften von den einzelnen Meistern sind bereits bei dem Verbandsvermögen eingelaufen.

In der Diskussion über die Berichte erhoben sich nur Stimmen für die Aufnahme des Kampfes, zu dem die Meister die Gesellen herausgefordert haben. Von den anwesenden Meistern meldete sich niemand zum Wort, um etwa den stark angegriffenen Obermeister der Innung in Schutz zu nehmen oder die Haltung der Innung zu rechtfertigen.

Der Verbandsvorsitzende Lange-Hamburg hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß der Vorstand das Gesehen der Berliner Kollegenschaft billige und hoffe, daß sie verstehen werden, ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Lange rügte scharf das Verhalten des Obermeisters Warneke.

Die geheime Abstimmung, an der sich nur die bei Innungsmeistern beschäftigten (wenn auch zurzeit arbeitslosen) Gesellen beteiligen durften, ergab von 708 Stimmen 738 für den Streik und 21 dagegen. 7 Stimmen waren unglücklich.

Zum Schluß hielt Siering eine Ansprache, in der er noch notwendige Anweisungen erteilte.

Am Montagmorgen fand die erste Streikversammlung in Boelers Saal, Weberstraße, statt. Der Andrang war außerordentlich stark und zeigte, daß der Beschluß vom Sonntag strikt durchgeführt wurde. Siering betonte, daß der Beginn des Kampfes die gegenseitigen Erwartungen durchaus befriedigt habe. Mehrere Meister haben sofort ihre Unterschriften angemeldet; auch von größeren Betrieben, die bei dem Streik 1905 hartnäckig Widerstand leisteten, sind Demittierungen eingelaufen. Die Streikenden wählten eine Kommission von fünf Mann zur Leitung des Kampfes und besprachen die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen. Wo die Forderungen bewilligt sind, da erhalten die Streikenden rote Streikarten.

An die Aufseher

richten die Streikenden einen Appell, bei den Arbeiten an Pferd und Wagen, die sie in den Schmieden vornehmen lassen, recht streng darauf zu achten, daß die Schmiedegesellen sich im Besitz einer roten Streikarte befinden.

Die Versammelten waren besetzt von einer frohen, siegesgewissen Kampfesstimmung, wenn sie auch wissen, daß der Sieg diesmal nicht so schnell gewonnen sein wird wie 1905, als die Meister nach vier Tagen schon nachgaben.

Jeder Zugang von außerhalb ist natürlich fernzuhalten.

Das Streikbureau befindet sich bei Boeler, Weberstr. 17.

Lohnbewegung der Wöttcher.

Dem Beschlusse einer kürzlich stattgehabten Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Wöttcher, Weinfässer und Hilfsarbeiter nachkommend, hat die von ihr gewählte Lohnkommission einen Tarifvertrag ausgearbeitet und den Arbeitgebern übermittlelt. Es wird gefordert eine täglich neunstündige Arbeitszeit. Sonnabends soll eine Stunde und an den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher freierabend sein. Der Minimallohn ist auf 35,10 M. festgesetzt. Für Montagearbeiten innerhalb Berlins ist pro Tag 1 M. Extrabergütung, außerhalb Berlins 1,20 M. Klasse und 4 M. Extrabergütung pro Tag; dauert die Montage jedoch länger als sechs Tage, so sollen nur 3 M. Extrabergütung pro Tag gezahlt werden. Werden Montagearbeiten im Auslande ausgeführt, so unterliegt die Extrabergütung der freien Vereinbarung, darf aber nicht weniger als 6 M. pro Tag betragen. In gleicher Weise wie die Zeitlöhne sollen auch die Akkordlöhne geregelt werden. Des Weiteren werden unter anderem ordnungsmäßige Umkleieräume und Wascheinrichtungen gefordert und allwöchentliche Lieferung von Handtuch und Seife. Der Tarif soll bis zum 25. Juni 1912 Geltung haben und falls er nicht sechs Wochen vorher gekündigt wird, auf ein Jahr weiter laufen.

Wie am letzten Sonntag der Bevollmächtigte Klappschuh in einer Mitgliederversammlung mitteilte, ist dieser Tarif an 31 Arbeitgeber, die zirka 150 Gesellen beschäftigen, verhandelt und bis zum 25. Juni Antwort erbeten worden. Die Antworten sind jedoch sehr spärlich eingegangen. Nur die Bierfabrikmeister haben ein gemeinsames Verhandlungen ersucht. Bei diesen Verhandlungen sind die allgemeinen Vorschriften von den Meistern anerkannt worden. Als Montagearbeiten aber wollen sie nur größere Aufträge gelten lassen. Wenn Akkordtarif sind ebenfalls Zugeständnisse gemacht worden, die aber die Versammelten nicht befriedigten. Sie lehnten deshalb das Ergebnis dieser Verhandlungen ab und beauftragten die Lohnkommission, nochmals mit den Bierfabrikmeistern zu verhandeln. Wie aus der Versammlung mitgeteilt wurde, haben sich auch einige Rafffabrikanten zur Regelung der Arbeitsbedingungen nach dem Tarif bereit erklärt. Mit den Arbeitgebern, deren Antworten noch ausstehen, soll die Lohnkommission noch einmal zu unterhandeln versuchen, ehe mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen wird. Empörung löste die Mitteilung aus, daß der Rafffabrikant Gustav Schulz in der Kieffholzstraße am Sonntag auf die ihm zugestellten Forderungen mit der Absperrung der bei ihm beschäftigten vier Wöttchergesellen geantwortet hat. Die Versammelten beschlossen, über Schulz die Sperre zu verhängen.

Die Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter hat denselben mehrfachen Erfolg gebracht. Ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kommen brauchte, wurden eine Anzahl Tarifverträge, in welchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Abgeber, Pfalzschpüler und Aufseher geregelt sind, abgeschlossen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Arbeitszeit von 10 Stunden, wie dieselbe bisher allgemein üblich war, auf 9 Stunden festgesetzt ist. Auch die Löhne der in

Frage kommenden haben durchgängig eine wesentliche Aufbesserung erfahren. Tarifverträge bestehen zurzeit bei den Firmen: Dr. D'Heureux, Verolina, Mariens, Herrn Ziel, Klominger, Hg., J. Schömann, W. Günther u. Co., Otto Franke, Renich u. Pluge, J. Fankelow, Herrn Pohl, G. Rausch, Köfeler, Schubert u. Kadau. Weitere Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband und den Mineralwasserfabrikanten sind im Gange.

Tarifbewegung der Berliner Stuarbeiter.

Die Berliner Stuarbeiter, die im Buchbinderverband organisiert sind, haben gestern in einer Versammlung beschlossen, den am 14. Oktober 1907 mit dem Verbands der Berliner Stuarfabrikanten abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September d. J. zu kündigen und die Organisationsleitung mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt. Die Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission wurden mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes betraut, der in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorgelegt und dann der Unternehmerorganisation übermittlelt werden soll.

Deutsches Reich.

Die örtlichen Differenzen im Baugewerbe.

Der Kampf im Königsberger Baugewerbe kann als beendet gelten, da voraussichtlich spätestens am nächsten Donnerstag die neuen Tarifverträge zum Abschluß kommen werden. Auch Königsberg gehörte zu den Städten, in denen nach erfolgter Aufhebung der Absperrung durch das Unternehmertum ein absoluter Friede noch nicht eintreten konnte, weil die Arbeitgeber hinsichtlich der Lohnfrage durchaus keine Zugeständnisse machen wollten. Da aber die Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter), auch die christlich organisierten, durchnähe 10 Pf. Lohnhöhung pro Stunde verlangten, stellte auch Königsberg, anderen deutschen Städten gleich, die Entscheidung der Lohnfrage dem Schiedsrichter der Unparteiischen anheim. Mit dem Dresdener Schiedsrichter der Unparteiischen beschäftigten sich nun die letzten Mitgliederversammlungen der zentralorganisierten Bauarbeiter. Bei den Maurern und Zimmerleuten fand der Schiedsrichter, wenn auch erst nach lebhaften Debatten und nachdem die Verbandsfunktionäre mit aller Kraft dafür eingetreten, Annahme. Anders war es bei den Bauhilfsarbeitern. Hier blieb die Abstimmung über den Schiedspruch zweifelhaft, doch wird er auch bei dieser Organisation schließlich in einer späteren Versammlung eine größere Mehrheit finden. Die Bauhilfsarbeiter glauben, daß durch den Schiedspruch der Unparteiischen ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt sind und verlangen Fortsetzung des Kampfes, wie aber die lokalen Verhältnisse einmal liegen, durchaus ohne Aussicht auf größeren Erfolg. Der diesjährige Lohnkampf bringt den Arbeitern im Königsberger Baugewerbe während der dreijährigen Vertragsdauer 5 Pf. Lohnhöhung, von kultureller Bedeutung aber ist die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche, die gleichzeitig in dem neuen Vertragsverhältnis vorgegeben ist. Dies muß zum Troste dienen denen, die mit dem materiellen Erfolge nicht zufrieden sind und bei den Feuererzuständen auch nicht zufrieden sein können. Die Verhandlungen, die zum Abschluß der lokalen Vereinbarungen in den neuen Tarifverträgen führen sollen, werden bereits am Dienstag, den 28. d. M., ihren Anfang nehmen.

Die Maurer Stuttgarts beschlossen am Sonnabend, die Arbeit am Montag aufzunehmen.

Ausland.

Republikanische Streikbrecher in der Romagna.

Rom, den 25. Juni 1910. (Fig. Ver.) Die Lage in der Romagna spitzt sich mit jedem Tage mehr zu. Die Republikaner haben ganz offen und schamlos angefangen die Streikbrecher zu protegieren und die in der republikanischen Arbeiterkammer organisierten tun unter Truppenbedeckung Streikbrecherdienste. Die Lage ist um so ernster, als es sich um eine sehr heftige Bevölkerung handelt, in der Parteidifferenzen schon oft zu blutigen Konflikten geführt haben. Der Landesverband der Landarbeiter hat ein Manifest erlassen, das alle Arbeiterorganisationen auffordert, den Zuzug nach der Romagna fernzuhalten. Die heutige Situation hat wenigstens den einen Vorteil, daß sie die bürgerliche und kapitalistische Natur der Republikaner offen zutage führt.

Beilegung des Generalstreiks von Mantua?

Rom, 25. Juni. (Fig. Ver.) Der allgemeine Agrarstreik in Mantua scheint einer den Arbeitern günstigen Beilegung entgegenzugehen. Die Unterhandlungen mit den Grundbesitzern sind ihrem Abschluß nahe, so daß die Abgeordneten Enrico Ferri und Bonomi, die zum Bestand der Streikenden herbeigeeilt waren, heute schon das Streikgebiet verlassen haben. Auch der Sekretär des Parteivorstandes Clotti ist schon abgereist.

Achtung, Steinseher! In Sofia (Bulgarien) sind die Pflasterer in Ausstand getreten. Es wird versucht, Arbeitskräfte aus Deutschland herüberzuholen und ist deshalb Zuzug von deutschen Steinsehern fernzuhalten.

Soziales.

Arbeiterkolonien dienen dem Unternehmerinteresse.

Das ist jetzt von der Harpener Bergwerksgesellschaft anerkannt und vom Oberverwaltungsgericht als zutreffend bestätigt worden. Die Harpener Bergwerksgesellschaft hat in Bochum eine Arbeiterkolonie. Die Häuser sollten nach dem Willen des Magistrats gemäß dem gemeinen Wert zur Grundsteuer herangezogen werden. Die Gesellschaft verlangte im Klagewege, daß nur der halbe Betrag des für drei Jahre festgesetzten gemeinen Werts in Frage kommen solle für die Heranziehung zur Grundsteuer in den drei Jahren, weil dies die Steuerordnung vorsehe für Grundstücke, die und insoweit sie dem Gewerbebetriebe dienen. Der Bezirksausschuß gab der Klage statt und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Die Berichte gingen davon aus, daß solche Koloniehäuser eines Werkes dann dem Gewerbebetriebe dienen, wenn ihr Zweck lediglich darauf gerichtet sei, wegen des großen Wechsels der Arbeiterschaft dem Betriebe einen ständigen Arbeiterstamm zu sichern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 27. Juni. In der Deputiertenkammer forderte Ministerpräsident Briand im weiteren Verlaufe seiner Erklärung die Majorität auf, ihm volles Vertrauen zu schenken und nicht nur Vertrauen für die nächste Zukunft, das der Regierung nur zu begreifen gestatte und ihre Schwäche dem Land und ihrer Partei mitteile. Wenn ihm dies Vertrauen nicht geschenkt werden könne, möge man es sagen. Briand versicherte, er werde das Befehl verzeugend die Altersversicherung der Arbeiter zur Ausführung bringen. Zum Schluß erklärte Briand, er verlange Vertrauen ohne Einschränkung oder Hintergedanken selbst von denen, die dem Ministerium nicht günstig gestimmt seien und die einen entscheidenden Angriff, der ihnen heute nicht am Platze schiene, auf eine spätere Zeit verschoben möchten. „Alles oder nichts!“ rief hierbei der Ministerpräsident, indem er kräftig, auf die Rednertribüne schlug. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Bei einer Gleiszerpartie erfroren.

Zinnbrunn, 27. Juni. (W. T. V.) Bei einer schwerkem Gleiszerpartie am Rastfögel ist der Student der Philosophie Laufegger aus Zinnbrunn erfroren.

Der Aufstand in Nicaragua.

New York, 27. Juni. (W. T. V.) Aus Managua wird gemeldet, daß die Aufständischen Nicoya eingenommen haben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 26. Juni 1910.

Klagenlied der Landwirtschaft. — Getreide-, Mehl- und Brotpreise. — Zollagitation. — Weltmarkt- und Inlandspreise. — Ausfuhrprämien. — Große Ernten, Rückgang des inländischen Konsums. — Wahrheit des Zentrums.

Kaum hatte ein Sinken der hochgetriebenen Getreidepreise eingeleitet, da vernahm man auch schon wieder das Klagenlied von der Not der Landwirtschaft. Die rückläufige Bewegung bleibt, was zunächst betont werden mag, zum Teil auf die Spekulation bezogen; es werden davon ebensowenig die Produzenten, wie die eigentlichen Konsumenten erfasst. Daß die Brotpreise den Getreidepreisen in der Bewegung nach unten nicht vollständig folgen, haben wir bereits in Nr. 128 des „Vorwärts“ nachgewiesen. Hier noch eine weitere Probe dafür. Nach den Zusammenstellungen der Statistischen Korrespondenz über den Durchschnitt der Preise an 50 Marktflecken in Preußen ergeben sich folgende Differenzen. Es löstete im Großhandel:

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Weizenmehl, Roggenmehl. Rows for Mai 1909, April 1910, Mai 1910.

Der Preis für Weizen ist im Großhandel von Mai 1909 bis April 1910 um 32 M. gefallen; für Roggen ergibt sich ein Minus von 28 M. Der Weltmarktpreis sank noch stärker, pro 100 Kilogramm bei Weizen um 4 M., bei Roggen um 3 M. Wie die Preise im Kleinhandel folgten, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Für 1 Kilogramm mußten im Kleinhandel bezahlt werden, in Pfennigen:

Table with 4 columns: Weizenmehl, Roggenmehl, Weißbrot, Roggenbrot. Rows for Mai 1909, April 1910, Mai 1910.

Als im Mai d. J. war im Kleinhandel mit Weizenmehl und Roggenbrot die Ermäßigung, die im Großhandel bereits im April eingetreten war, noch lange nicht zu konstatieren, betrug sie doch nur 2 Pf. gegenüber 4 Pf. im Großhandel. Roggenmehl hat für den Kleinhandel weniger Bedeutung. Die für die große Klasse der Konsumenten wichtigen Roggenbrotpreise liegen im April von dem starken Rückgang der Getreide- und Weizenpreise überhaupt noch nichts merken; erst im Mai trat eine Ermäßigung um 1 Pf. ein. Dieser Preisrückgang bleibt noch weit zurück hinter der Ermäßigung, die schon im April für Getreide- und Weizenpreise eingetreten war.

Das periodische Sinken der Börsennotierungen für Getreide bedeutet also nicht auch eine entsprechende Preisermäßigung für den Konsumenten. Aber die Liebesgabenempfänger halten es für geraten, mit der Stimmungsmache gegen eine Zollrevision, die den berechtigten Interessen und Bedürfnissen der Konsumenten entgegenkommt, schon frühzeitig Stimmung zu machen. Niedrige Preise, trotz hoher Zölle, erscheinen den Herrschaften als das durchschlagendste Argument gegen eine Zollermäßigung. Raube Gemüter werden allerdings die Frage aufwerfen: Warum verteidigt man hohe Zölle, wenn sie keine hohen Preise sichern? Wer so fragt, kennt die Demagogie der schwarzblauen Jöhler nicht.

Mit der absoluten Höhe der inländischen Getreidepreise haben die Zölle wenig oder gar nichts zu tun, diese bestimmen das Verhältnis der Inlands- zu den Auslandspreisen. Schnellen infolge schlechter Weltmärkte die Preise am Weltmarkt hinaus, bleiben die Inlandspreise nicht zurück, immer aber stehen diese um annähernd den Zollbetrag höher als jene. Das ist der springende Punkt. Ruhmten wir doch sogar erleben, daß bei glänzenden Inlandsernten die Preise in Deutschland hinaufgingen, während deutsches Getreide gleichzeitig um 50—80 M. billiger als im Inlande auf dem Weltmarkt angeboten wurde. Um den Inlandspreis auf dem Niveau des Weltmarktpreises plus Zoll zu halten, warf man bedeutende Mengen deutschen Getreides ins Ausland.

Der inländische Konsument mußte die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen bezahlen, bekam doch der Exporteur den Zollbetrag in Höhe von 50 resp. 55 M. aus der Reichskasse zurück. Um nur ein Beispiel anzuführen: In der Zeit vom 1. August 1909 bis 10. Juni d. J. wurden 6 206 835 Doppelzentner Roggen ausgeführt, außerdem 1 157 747 Doppelzentner Roggen-

mehl, gegen nur 2 324 525 und 514 032 Doppelzentner in der Vergleichszeit 1907/1908. In derselben Zeit ging die Einfuhr bei Roggen von 4 055 072 Doppelzentner auf 2 684 247 Doppelzentner, bei Roggenmehl von 21 464 Doppelzentner auf 9286 Doppelzentner zurück. Demnach ist die Inlandsversorgung durch den Außenhandel um 5 700 388 Doppelzentner Roggen und um 655 893 Doppelzentner Roggenmehl gesunken. Deutscher Roggen geht ins Ausland und der deutsche Konsument muß dafür pro Doppelzentner Getreide 5 M. Ausfuhrprämie zahlen. In den 5 Monaten Januar bis Mai wurden Hölle mittels Einfuhrscheine heglischen: 1908: 28 488 161 M., 1909: 42 875 589 M. und 1910 sogar 60 311 190 Mark.

Die forcierte Ausfuhr wird verteidigt mit der Behauptung, darunter leide die Inlandsversorgung nicht! Solche Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß der inländische Konsum seit Einführung der erhöhten Zölle trotz guter Inlandsernten und obwohl wir uns damals einer selten guten industriellen Konjunktur erfreuten, von Jahr zu Jahr gesunken ist. Die Löhne der Arbeiter stiegen nominell, aber nicht stark genug, um die Verteuerung der Lebenshaltung voll ausgleichen zu können. Der Brotkonsum ging zurück und aus der Tasche der Konsumenten wurden den Exporteuren Prämien gezahlt, damit sie deutsches Getreide unter den Weltmarktpreisen im Auslande anbieten konnten. Diese Tatsachen stellen die gemeinschädlichen Folgen unserer agrarischen Zollpolitik außer allen Zweifel. Die Verhängung unserer Behauptung betreffend den Rückgang des Konsums liefern die amtlichen Nachweise über Inlandsversorgung mit Brotgetreide und inländische Ernten. Nach den Angaben in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches 1910 I machen wir die folgende Zusammenstellung. Es werden darin die Verbrauchsmengen pro Kopf der Bevölkerung angegeben, ferner die prozentualen Anteile, mit denen die Inlands-ernte an diesen Mengen beteiligt ist.

Table with 6 columns: Roggen, Weizen, Spelz. Sub-columns: Verbrauch, Inlandsproduktion. Rows for years 1899/1900 to 1908/1909.

Die den Brotkorb höher hängende, also brotverzehrende Wirkung der neuen Handelsverträge, die wir dem schwarzblauen Zollwucher-Schnapsblod verdanken, ist unüberkennbar. Im Jahre 1902/1903 wurden nur 91,7 Proz. des Roggenkonsums durch die inländische Produktion gedeckt; dabei ergibt sich pro Kopf der Bevölkerung eine Verbrauchsmenge von 158,8 Kilogramm. Im letzten Jahre reicht die Inlands-ernte zur Befriedigung des gesamten inländischen Konsums, trotzdem ist die Kopfquote um 10,7 Proz. niedriger als damals. Sie ist von 158,8 Kilogramm auf 141,8 Kilogramm gesunken. Recht auffällig tritt die schädigende Wirkung der am 1. April 1906 wirksam gewordenen erhöhten Zölle in die Erscheinung, wenn man die Bewegung seit 1905/1906 verfolgt. Der Verbrauch pro Kopf stellt sich in diesem Jahre auf 149 Kilogramm, die Inlands-ernte ist mit 94,7 Proz. an dem Verbrauch beteiligt. In den nächsten Jahren liefert die inländische Ernte ständig größere Mengen für den heimischen Konsum, im Jahre 1908/1909 wird dieser vollständig durch die Ernte in Deutschland gedeckt. Trotzdem geht von Jahr zu Jahr der Konsum pro Kopf der Bevölkerung zurück. Ähnlich so bei Weizen. Im Jahre 1902/1903 liefern die deutschen Ernten 88,2 Proz. des Inlandsverbrauchs, der Konsum pro Kopf der Bevölkerung stellt sich auf 92,8 Kilogramm; im Jahre 1908/1909 ist die Kopfquote auf 77,5 Kilogramm gesunken, obwohl die inländischen Ernten mit 70,1 Proz. an dem Verbrauch beteiligt sind. Seit 1905/1906 sank der Inlandsverbrauch um 15,3 Kilogramm, gleich 16,4 Proz., bei gleichzeitiger Steigerung des Anteils der inländischen Ernte am Verbrauch von 59,9 auf 70,1 Proz. Rechnet man beide Getreideforten (einschließlich Spelz) zusammen, dann ergibt sich in den letzten vier Jahren eine Konsumverminderung von 23,9 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Hierbei mag noch ausdrücklich konstatiert werden, daß in derselben Zeit die

zu Brennweizen verwendete Menge Roggen nicht gestiegen ist. Es ergibt sich vielmehr ein kleiner Rückgang. Im Jahre 1905/1906 wurden 1 060 194 Doppelzentner Roggen für die Brauwirtschaft verbraucht, im Jahre 1908/1909 nur noch 889 545 Doppelzentner. Die Verbrauchsabnahme von 23,9 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung entfällt demgemäß vollständig auf das Konto der Ernährung. Dabei hatten wir im Jahre 1905/1906 die größte bisher erzielte Ernte in Roggen und eine gute Weizenernte. Die absoluten Erntemengen betragen in Tonnen:

Table with 5 columns: Year, Roggen, Weizen. Rows for 1901/02, 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09.

Günstige, ja glänzende Ernten und dabei Verminderung des Brotkonsums! Angesichts solcher Resultate immer noch der Zollwucherer das Wort zu reden, dazu gehört schon agrarische Ungeniertheit oder ultramontane Struppellosigkeit. Eifriger noch als die interessierten Agrarier selbst übt sich das Zentrum jetzt schon wieder in der zöllerischen Agitation. Vor kurzem beschwänzelte die „Germania“ ihre Leser mit der keden Behauptung, von den hohen Preisen hätten die Produzenten nichts profitiert, denn als die Preissteigerung eingeleitet habe, wäre alles Getreide schon im Besitz der Händler gewesen. Kurz vorher, auf einem Bauerntag des bayerischen christlichen Bauernvereins in Regensburg, den die Zentrumspresse als einen Aufmarsch der Bauern zu den nächsten Reichstagswahlen begrüßte, lamentierten die Zentrumsdarsteller Heim und Erzberger über die niedrigen Gewinne in der Landwirtschaft und den Schaden, der den Bauern infolge der augenblicklich niedrigen Getreidepreise erwachse. Wie's gerade trifft! Die ultramontane „Germania“ versuchte auch den Anschein zu erwecken, als ob man die höheren Getreidepreise nicht als Folge der erhöhten Zölle ansprechen könne, denn in allen Ländern seien die Preise hinaufgegangen. Daß bei uns die Preise aber ständig um jenseits die Höhe des Zollbetrages über dem Weltmarktpreise standen, das verschwiegen das Zentrum für „Wahrheit und Recht“ seinen Lesern, und der Abgeordnete Erzberger erklärte in der erwähnten Versammlung, bei der nächsten Wahl handle es sich in der Hauptsache um die Aufrechterhaltung der Vieh- und Getreidezölle. Auf denselben Ton gestimmt waren Verhandlungen des Reichstages der Bundeshauptstadt Deutschlands am 15. Juni in Bochum. Im kommenden Wahlkampf wird sich also die ganze Struppellosigkeit ultramontaner Demagogie entüllen. Die Bauern angelst man mit dem Zollföder, mit materiellen Versprechungen. Und die Arbeiter? Sie werden konfessionell aufgehetzt; die Duldung der Brot- und Fleischwucherer macht man ihnen zur religiösen Pflicht. So wird der Herrgott von der Herrlichen Partei für die schamloseste Blünderpolitik engagiert, die Religion in zynischer Weise im Dienste der Volksausbeutung mißbraucht.

Der 1. Bayerische Wohnungskongress

tagte in Nürnberg, veranstaltet vom Bayerischen Landesverein zur Förderung des Wohnungswesens in Bayern. Er wurde nicht ohne bestimmte Absicht in Nürnberg abgehalten. Denn dort ist trotz oder gerade deshalb, weil bis vor einem Jahr der freisinnige alleinige Beherrscher der Gemeinde war, bis heute auf dem Gebiete gemeindlicher Wohnungsfürsorge absolut gar nichts geschehen. Wohnungs- und Bodenpolitik ist in Nürnberg ein Thema, das nur die Sozialdemokratie kennt, und es war wiederum nur die sozialdemokratische Presse am Ort, die die Bedeutung des ersten bayerischen Wohnungskongresses für Nürnberg erkannte und würdigte. Die Spezialnummer, die unser Nürnberg-Parteiorgan zum Kongress herausgab, erregte bei den Kongreßteilnehmern berechtigtes Aufsehen und das darin gebotene Material über die Nürnberger Wohnungsverhältnisse sehr viel Kopfschütteln.

Eingeleitet wurde der Kongress durch eine große Volksversammlung in dem Saal, in dem 1908 der deutsche Parteitag tagte. Der Ullmer Oberbürgermeister v. Wagener, der Leiter der mustergetreuen Wohnungspolitik der Stadt Ulm, zeigte auf Grund eigener Erfahrungen den Nürnberger Stadtvätern, wie man eine großzügige Wohnungs- und Bodenpolitik durch die Stadtverwaltung betreiben kann, ohne daß die Befürchtungen sich bewahrheiten, die z. B. die Nürnberger Stadtverwaltung veranlaßt haben, die seit Jahrzehnten von den Nürnberger Sozialdemokraten und manchen bürgerlichen Sozialpolitikern erhobenen Forderungen abzulehnen.

auf die Anzahl der Individuen je einer Art. Fast ebenso wichtig ist die weitere Beobachtung, daß im Sommer viele Arten ihr Verbreitungsgebiet ständig nordwärts verschieben oder aber unter dem Welt-Himmelsstrich in vertikaler Richtung in höhere Breiten vordringen. Ferner ist die Tatsache festzustellen, daß sich viele nur südliche Vögel jetzt auch bei uns ansässig gemacht haben. Am charakteristischsten ist der Fall des Würger. Dieser hat in vier bis fünf Jahrhunderten ganz Deutschland erobert. Schließlich vermehrt sich auch die Zahl der richtigen Winterjäger.

Schäfer hat seine interessante Hypothese bereits vor acht Jahren aufgestellt, und er teilt eine ganze Anzahl Verhänger von Zoologen mit, die ihm entweder beifollichen oder die doch ähnliche Beobachtungen aus der Vogelwelt mitteilen. Ist die Hypothese Schäfers berechtigt, so müssen sich, wie die Monatschrift „Neue Weltanschauung“ schreibt, natürlich auch noch auf anderen Gebieten der Natur Anzeichen für das Herannahen einer wärmeren Jahreszeit auffinden lassen. Besonders sollte man einen langsamen aber ständigen Rückgang der Gletscher erwarten. Tatsächlich ist schon wiederholt ein solcher beobachtet worden. Und ganz neuerdings stellt eine amtliche Statistik der Schweizer Regierung fest, daß z. B. die Gletscher der Walliser Alpen immer noch im Rückgang seien. Kein einziger Gletscher ist im Jahre 1909 vorgegründet, dagegen sind einige unverändert geblieben. Diese Periode des Rückganges der Gletscher dauert mit wenigen Ausnahmen schon über 10 Jahre an.

Notizen.

— Kunstchemie. Im Berliner Kupferstichkabinett sind die graphischen Werke (Stiche, Holzschitte) des berühmten holländischen Stechers Lucas van Leyden, des Zeitgenossen von Dürer, ausgestellt.

— Das Alara-Ziegler-Museum, das in dem früheren Hause der verstorbenen Tragödin eingerichtet ist und den Grundstein zu einem deutschen Theatermuseum abgeben soll, wurde in München eröffnet. Die Hauptbestimmung des Museums besteht vorläufig darin, daß es ohne den Berliner Hoftheaterintendanten, der mit dem Bühnengenossenschaftspräsidenten Kissen nicht im Vorlande zusammen sitzen will, sich behelfen muß. Im übrigen ist es, wie die meisten derartigen Stiftungen, überflüssig.

— Der Kampf um den natten Jüngling. Ein Wiener Kunstfreund hat seiner Vaterstadt ein überlebensgroßes Reiterstandbild, das vom Bildhauer Josef Müller modelliert ist, gestiftet. Der erste Gemeindevorstand, den es zieren sollte, hat aber die Aufstellung verweigert, weil der Reiter ein nackter Jüngling ist und nicht einmal Badehosen anhat. Die Bezirksdeppen können sich zu Pferde offenbar nur Leute in großer Uniform vorstellen. (Nach preussischem Comment dürften überhaupt nur Hohenzollern zu Hof ausgehauen werden.) Jetzt wird nach einem anderen Bezirk Umschau gehalten, der weniger Angst vor dem Nackten hat.

— Die Gloden von San Marco, die so lange nicht mehr in Venedig gehört waren, läuten seit einigen Tagen wieder. Die fünf melodisch gestimmten Gloden erklingen jetzt wieder wie früher und künden, daß Venedig seinen Campanile (Glockenturm) hat.

Kleines feuilleton.

Die freie Volkshöhle gegen die Lustbarkeitssteuer. Dem Vorstand der Freien Volkshöhle ist für die ausführliche Denkschrift gegen die geplante Lustbarkeitssteuer, die er der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten gedenkt, die folgende gutachtliche Erklärung beizugeben: Die Freie Volkshöhle ist eine Organisation, die in gemeinsamer Absicht breiten Massen der Berliner Bevölkerung die Kenntnis der besten Werte deutscher und fremder Literatur zu vermitteln bestrebt ist. Seit mehr als zwanzig Jahren leistet sie im Sinne ihres Programms wirksame Kulturarbeit, die ihr den lebhaftesten Beifall aller Gebildeten eingetragen hat. Organisationen solcher Art verdienen durch den Staat und die Gemeinde in jeder möglichen Weise gefördert zu werden. Auf keinen Fall ist es aber angebracht, ihre gegenwärtige Tätigkeit durch behördliche Eingriffe und steuerliche Belastung zu beeinträchtigen! Die Förderung der Freien Volkshöhle, von jeder Besteuerung frei zu bleiben, ist daher vollkommen gerechtfertigt, im Interesse unserer Volkskultur ist ihre Erfüllung dringend zu wünschen.

Unterzeichnet ist diese Erklärung u. a. von: Julius Bab, Hermann Wahr, Prof. R. Wäber-Weipzig, Richard Dehmel, Artur Hoefler, Ludwig Fulda, Stefan Großmann, Wien, Max Halbe, Georg Dieckfeld, Monty Jacobs, Alfred Kerr, Paul Rahn, Heinrich Mann, Thomas Mann, Fritz Rautner, Franz Rehring, Julius Rieder, Genes, Prof. R. Lamprecht-Weipzig, Prof. V. Ratory-Warburg, Felix Poppenberg, Hans Rosenhagen, Erich Schläpfer, Johannes Schlaf, Leopold Schmidt, Wilhelm Schmidtson, Karl Strecker, Hermann Endermann, Frank Webedind.

Ein bayerischer Dorfdichter. Am 28. Juni 1810 wurde im Dorf Gyringen bei Nördlingen im schwäbischen Riesgau Melchior Metz geboren, der seinem Heimatlande einen dichterischen Ehrenplatz unter den Gauen Deutschlands erobert hat. Er lebt auch heute noch unter uns fort, als der realistisch kraftvolle Gestalter jener prachtvollen, oberdeutschen Bauerngestalten, wie sie der Ries, der zu Bayern gehörige schwäbische Gau an der Grenze Württembergs, hervorgebracht hat. Metz gehört unter die große Reihe von Dorfgeschichtsdichtern, die das Beispiel Auerbach zum Studium des heimischen Landes und zur Vertiefung in die charakteristischen Volkstypen anlockte. Aber wie kaum ein anderer hat er sich von dem Vorbild des Meisters emanzipiert und in der Schilderung des Dorflebens einen knorrigen Realismus entfaltet, der mit dem modernen Darsteller des Bauernlebens mancherlei gemeinsam hat. Darum stehen uns seine besten Erzählungen heute näher als die von Schönfärberei und sentimentaler Nahrung nie ganz freien Geschichten des Schwarzwälder Dorfschreibers. Man muß das reine Minutierum, das Metz in einigen in billigen Ausgaben jetzt wieder viel gelesenen Werken entfaltete, um so höher einschätzen, als er ganz so wie der spinosistisch angehauchte Auerbach im Grunde ein Philosoph und Grübler war, der eine Reihe heute völlig vergessener, populär philosophischer Werke geschrieben hat.

Die Heuschrecken. Von Jahr zu Jahr wird das riesige Zurfestlandgebiet, bald in diesem, bald in einem anderen Teile, von Heuschreckenschwärmen heimgesucht, die oft mehrere Jahre nacheinander dieselbe Gegend verwüsten. In diesem Jahre ist die Hungersteppe (im Gebiete von Samarkand) ein Opfer der Heuschrecken geworden. Wie gegen diese Verheerung angeknüpft wird, mit welcher unzureichenden Mitteln — schildert ein Korrespondent in „Golof Moskoy“, der im vorigen Jahre im Dschirgistan-Kreise dem Schauplatz einer Heuschreckeninfestation beigewohnt hat. Nach einer Schilderung der herrlichen Natur in einer frühlingsländischen Fahrt der Verichterstatte fort: „Möglich änderte sich das Bild jählings. Rings umher, so weit das Auge reichte, dehnte sich die schwarze, wie von einer Feuerbrunst ausgebrannte Steppe aus. Anfangs in vereinzelten Schwärmen, später in dichten Massen zogen die Heuschreckenschwärme heran. Langsam kamen sie näher, sprunghaft. Keine Hindernisse konnten die schwarze Masse aufhalten. Die Räder des Wagens, die Hupe der Pferde ließen eine lange Spur zerquetschter Heuschreckenschwärme zurück. Die Luft war erfüllt vom Lärm der herannahenden Schwärme und von einem unerträglichen Kampfergeruch. Die Heuschrecken zogen in östlicher Richtung.“

Vor unserem Wagen erblickten wir ein Häuflein Menschen, etwa 50 Personen. Die Leute schrien, gestikulierten und schritten den ausgekauften Graben entlang. Ich fahre näher an die Gruppe heran. Die kleine Schar Kräftigen, die alle ermüdete Gesichtszüge haben, umringt den Wagen. Nun, wie geht die Arbeit? frage ich den Ältesten von ihnen. Ach, lieber Herr! Wie kann man gegen eine Heuschrecke Gottes anknüpfen? Je mehr wir davon vertilgen, umso mehr kommen herzu. Hier schonen wir schon eine ganze Woche an dem Graben und begehren die Heuschrecken mit „Artichamp“ (einem Aufguss von einem Giftkraut). Die ganze Dorfgemeinde hat sich abgebeht, aber die Steppe ist noch ebenso dicht mit Heuschrecken bedeckt. Wenn nicht der Muth der Chet's wäre, so würden wir schon längst die Arbeit aufgegeben haben. Der Chef weiß nicht, daß an Stelle einer getöteten Heuschrecke immer wieder zwei neue angefliegen kommen, schloß der Älteste seine Betrachtung.

Ich blinke umher. Wohin das Auge reichte schwärzte die schwarze Masse. Und hier stand die kleine Gruppe Menschen, die ein paar Miniaturlande gegraben hatte.“

Wird die Erde wärmer? Eine wärmere Zeit, etwa mit dem Klima der Tertiarzeit vergleichbar, glaubt der Ornithologe (Vogelforscher) W. Schäfer für unsere Erde vorhergesagt zu können. Ja, eigentlich sollen wir in eine solche bereits eingetreten sein. Er schreibt darüber in der Zeitschrift „Natur“: „Dewiesen wird das Herannahen einer wärmeren Zeit durch eine ganze Reihe ornithologischer Anzeichen, die eine wahre Umwälzung im biologischen Charakter unserer Vogelwelt und ebenso auch in der geographischen Verbreitung der Arten heraufzuführen scheint. Erstlich wird bemerkt, daß in Deutschland mit jedem Winter viel mehr Vögel überwintern als früher, daß somit frühere Strich- und Zugvögel jetzt regelrechte Standvögel geworden sind. Die Steigerung erstreckt sich sowohl auf eine Anzahl neuer Arten wie

Die hochinteressante Rede des Ulmer Oberbürgermeisters wurde von der Versammlung mit demonstrativem Beifall aufgenommen.

Ein weiteres Referat hielt der Architekt Professor Riemer Schmidt über den Bau von Gartenstädten, ein Thema, das für Bayern aktuell ist, nachdem in Nürnberg und München solche Projekte in Angriff genommen sind und vom Staat die weitgehendste Unterstützung erfahren; weitere kleinere Projekte werden in vielen anderen Städten Bayerns geplant. Der Kampf gegen die Mietkassernen wird überall aufgenommen und da und dort sind bereits hübsche Einfamilienhausanlagen entstanden und bebaut. In der Regel werden die Häuschen, erbaut von gemeinnützigen Genossenschaften, an die Arbeiter nicht verkauft, sondern in Erbmiet vergeben, so daß für jeden einzelnen die Freizügigkeit gewahrt bleibt.

Während die einzelnen Tagesordnungspunkte des Kongresses mehr speziell bayerisches Interesse hatten, ist das Referat des Universitätsprofessors Dr. S. Ermann aus München über das Erbbaurecht von großem Allgemeininteresse. Der wesentlichste Teil seiner Leitsätze ging dahin:

1. Das Erbbaurecht ist das Recht, auf (fremdem) Grundstück ein Bauwerk zu haben, meist nur auf Zeit und gegen ein Jahresentgelt (Erbbauzins). Es ist ein grundbuchmäßiges Recht, das vererbt, veräußert und — z. B. zur Baugeldbeschaffung — durch Hypothek verpfändet werden kann.

2. Seiner Einbürgerung steht entgegen, daß es uns gewohnt, künstlich und im Gesetzbuch unzureichend geregelt ist. Trotzdem ist sie zu erstreben wegen der sozialen und volkswirtschaftlichen Vorteile des Erbbaurechts.

3. Es ist vor allem die allein sachgemäße Form, um öffentlichen Bauboden (von Reich, Staat, Gemeinden) der privaten Bebauung zu erschließen. Denn ihn, wie üblich, zu veräußern, ist ein Frevel gegen unsere Nachkommen.

4. Sodann soll es wesentlich mitwirken in dem Kampf für das Einfamilienhaus gegen die unser Volkstum proletarisierende Mietkassernen und gegen deren Hauptursache, die Höhe unserer Bodenpreise und unserer Baubodenverschuldung.

Der Erste bayerische Wohnungslongreg war von Vertretern von Städteverwaltungen, Arbeitergenossenschaften, Gewerkschaften, Parlamentariern und Sozialpolitikern sehr stark beauftragt. Das Staatsministerium, das in Bayern seit einigen Jahren der Wohnungsfrage große Förderung angedeihen läßt, wenn es seine Pflicht schließlich auch erst spät erkannt hat, war durch drei Personen vertreten.

Gegen die neuesten Maßnahmen des Reichsversicherungsamts bezüglich der Erhöhung des Zinsfußes für Darlehen aus den Versicherungsanstalten wurde entschiedener Widerspruch erhoben.

Zweiter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

München, 24. Juni 1910.

Zur Vertragsfrage liegen eine Unmenge Anträge vor, wovon die meisten die Einführung der Staffelleistungen verlangen. Neumann-Hamburg präferierte die Stellung der Statutenberatungskommission zu diesen Anträgen. Die Kommission habe mit allen gegen eine Stimme beschlossen, dem Verbandstag zu empfehlen, die Einführung von Staffelleistungen abzulehnen, und zwar aus den gleichen Gründen, die den Vorstand zur Ablehnung veranlaßt haben. Die Kommission empfiehlt einen durch die Kommission etwas abgeänderten Antrag Hamburg: „Allen größeren und beitragsfähigeren Zahlstellen wird die Verpflichtung auferlegt, einen höheren als den Grundbeitrag für die Verbandskasse zu leisten.“ Die Kommission sei der Ansicht, daß mit Annahme dieses Antrages eine weitere Beitragserhöhung für absehbare Zeit ausgeschlossen ist. Der Verband stände dann den kommenden Kämpfen gewappnet gegenüber. In zurückgebliebenen Gegenden könne der Verband im Einverständnis mit den Bauvorständen ausnahmsweise einen niedrigeren als den ordentlichen Beitrag genehmigen. — Nach äußerst lebhafter Debatte, bei der sich eine starke Opposition gegen die Erhöhung der Beiträge bemerkbar macht, beantragte E. G. Berlin: Um dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, für die zurückgebliebenen Gegenden einen niedrigeren als den Grundbeitrag festzusetzen, sollen die beitragsfähigeren Zahlstellen in Zukunft dahin wirken, daß sie einen höheren als den Grundbeitrag an die Hauptkasse entrichten. — Zum Antrag Hamburg wird ein Zusatzantrag gestellt, wonach dem Vorstand ein größeres Bestimmungsrecht über die Lokalbeiträge eingeräumt wird. Zahlstellen, die einen niedrigeren als den Grundbeitrag zahlen, sollen Lokalbeiträge nicht erheben dürfen. Nachdem H. Redner zur Vertragsfrage gesprochen, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Abstimmung ist eine namenhafte. Für die Einführung von Staffelleistungen stimmten 21, dagegen 119. Dieser Antrag ist also abgelehnt. Der Antrag Hamburg wird mit allen gegen neun Stimmen angenommen; der hierzu gestellte Zusatzantrag wird abgelehnt. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach dem Vorstand im Einverständnis mit den Bauvorständen das Recht eingeräumt wurde, für zurückgebliebene Gegenden ausnahmsweise einen niedrigeren als den ordentlichen Verbandsbeitrag festzusetzen. Gegen neun Stimmen wird ein Antrag Dresden angenommen, den Anteil der Lokalkassen, statt wie bisher 20 Proz., auf 10 Proz. festzusetzen. — Damit ist die vorgenommene Abstimmung vom Verbandstag sanktioniert.

Dieser referierte Starke-Dresden kurz über:

Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Redner nahm Bezug auf den am Abend stattgehabten Besuch der Delegierten im Arbeiterwohlfahrtsmuseum, und legte eine Resolution vor, in der durchgreifender Schutz der Arbeit in jeglicher Form gefordert wird. Die Ausführungen des Referenten wurden von Raitz-München unterstützt; der Redner verlangt die Anstellung von Aufsichtsbearbeitern aus den Reihen der Arbeiter. Das einschlägige Material müsse gesammelt werden, der Vorstand solle dem nächsten Verbandstag Leitsätze und Forderungen vorlegen, die an die Gesetzgebung, Behörden und Berufsgenossenschaften zu richten sind. Redner stellte einen diesbezüglichen Antrag. Dieser Antrag sowie die Resolution des Referenten wurden einstimmig angenommen. J. A. Berlin begründete die Notwendigkeit des Schutzes der Maschinenarbeiter mit dem Hinweis, daß in Berlin 75 Proz. aller Maschinenarbeiter verstümmelte Hände haben.

Die Redaktionskommission erstattete hierauf durch Raitz-München Bericht. Die Kommission schlägt zum Punkt Lohnbewegung folgende Resolution vor, die angenommen wurde. Sie lautet:

1. In bezug auf die Tarifverträge ist auch für die fernere Zeit an den Beschlüssen des Siedtiner Verbandstages festzuhalten, mit der Maßgabe, daß fortan in allen Fällen, wo nicht besonders zurückgebliebene Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, Verträge von kürzerer Dauer als 4 Jahre nicht abzuschließen sind.

Der nächste Verbandstag soll alsdann zur Frage der Vertragsdauer aufs neue Stellung nehmen.

2. Wenn über das Arbeiterregulativ für die paritätischen Arbeitnehmende auf Grund der für Hannover getroffenen Vereinbarung eine Verständigung mit dem Arbeitgeberschutzverband möglich ist, erteilt der Verbandstag zu dieser Überlegung seine Zustimmung.

3. Sofern der Arbeitgeberschutzverband den Vorschlag seines Vorstandes, eine gemeinschaftliche Zentralkommission zur Schlichtung von Vertragsdifferenzen usw. einzusetzen, zum Beschluß erhebt, erteilt der Verbandstag dem Vorstand Vollmacht, der Bildung einer solchen zentralen Schlichtungskommission zuzustimmen und die entsprechenden Vereinbarungen mit dem Arbeitgeberschutzverband zu treffen.

Hierbei ist Voraussetzung, daß diese Kommission nur auf Befehl der Zentralvorstände nach vorausgegangenem Anrufung durch die Ortsparteien in Tätigkeit tritt.

Die Erledigung von Vertragsdifferenzen ist in erster Linie Aufgabe der örtlichen Instanzen. Die Verhandlungen werden auf Sonnabend vertagt.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

18. Verhandlungstag. — Montag.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Erste Staatsanwalt eine Erklärung ab, wonach nicht der Hauptmann Deutelmeyer, sondern Divisionspfarrer Merenski ausgesagt hat, daß Hauptmann von Göben einen faszinierenden Eindruck auch auf einwandfreie Namen gemacht habe. Hierauf wird in die Vernehmung der Sachverständigen über den

Geisteszustand des Hauptmanns v. Göben und der Frau v. Schönebeck-Weber

eingetreten. Der erste Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Stollenhoff, erklärt, daß sich wenige Wochen nach den entsetzlichen Ereignissen in einem großen Teile der Presse ein Sturm der Entrüstung erhoben habe. Es hieß, man könne nun wieder einmal sehen, wie Klassenjustiz geübt werde. Auch in den Parlamenten seien ähnliche Anschuldigungen erhoben worden. Es wäre eine nicht wieder gut zu machende Unterlassungssünde, ja ein Unrecht gewesen, wenn die psychiatrische Untersuchung der beiden Angeklagten nicht beschlossen worden wäre. Ueber den Geisteszustand des Hauptmanns v. Göben erklärt der Sachverständige, daß

aus einer zu Geisteskrankheiten nicht sonderlich disponierten Familie stamme. Er war ein intelligenter junger Mensch, der später beim Militär ein außerordentlich schneller Soldat gewesen sei. In sexueller Beziehung war er pervers veranlagt, was aus den Bekundungen der Zeugin Neubauer hervorgehe. Im Gegensatz zu Freiherrn v. Schrenk-Rohring, der behauptet hat, daß Göben sich in einer Art sexueller Örgigkeit gegenüber der Angeklagten befunden habe, kommt der Sachverständige zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte unter der sexuellen Örgigkeit des Hauptmanns von Göben gestanden habe. Hauptmann v. Göben war ein Mann, der die Frauen zu beherrschen, der seinen Willen durch Drohungen der schärfsten Art durchzusetzen wußte. Von einer Geisteskrankheit Göbens habe er sich nicht überzeugen können, wenn auch viel für verminderte Zurechnungsfähigkeit spricht. Weiter erklärt der Sachverständige, daß er, wenn er die Bekundungen der Offiziere des Generalstabs gefannt hätte, er zu erheblichen Zweifeln darüber gekommen wäre, ob Göben zur Zeit der Tat vollständig zurechnungsfähig war. Erster Staatsanwalt Schweiger: Warum plötzlich der Umstimmung in der Meinung über Hauptmann v. Göben leblich durch die Bekundungen der Zeugin Neubauer? — Sachverst.: Weil dadurch die innere Unwahrhaftigkeit des Hauptmanns v. Göben festgestellt wird. — Verteidiger Justizrat Dr. Sells weist darauf hin, daß in den Personalbogen des Hauptmanns v. Göben die Teilnahme an mehreren Gefechten registriert ist, an denen Göben gar nicht teilgenommen hat. Er stellt unter Beweis, daß diese Angaben ausschließlich auf Grund der Angaben Göbens selbst in die Personalbogen hineingekommen sind. — In seinem weiteren Gutachten erklärt der Sachverständige, daß alle homosexuellen selbstverständlich als Geisteskranken zu betrachten sind. Er habe Göben zwar bei der Untersuchung als geistig gesund angesehen. Nach dem, was in der Verhandlung zur Sprache gekommen ist, ändere sich diese Sache. — Verteidiger Rechtsanwalt Bahn fragt den Sachverständigen, ob er auch in Rechnung gezogen habe, daß Hauptmann v. Göben dem Apotheker Duos gegenüber sein Ehrenwort verpfändet halte, damit er ihm Gift gäbe, mit dem er die Würste vergiftet wolle. Es läßt doch auf einen gewissen Grad von Verlogenheit schließen, wenn ein preussischer Offizier in diese Weise mit seinem Ehrenwort umspringt. — Der Vorsitzende unterbricht die weiteren Ausführungen, da dieselben ins Waldoyer gehören. — Danach geht der Sachverständige auf den Gutachten über den

Geisteszustand der angeklagten Frau Weber

über. Die Angeklagte stammt aus einer Familie, in der wiederholt Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind. Ihr Vater ist in einer Irrenanstalt gestorben. Besonders Gewicht sei auf die starke sexuelle Veranlagung des Vaters zu legen, die auf die Angeklagte übergegangen und entscheidend für ihr weiteres Leben gewesen sei. Schon als junges Mädchen zeigte sie bei ihr Symptome von Hysterie. Auch damals hatte sie schon einen ungewöhnlich regen Geschlechtstrieb.

Was den Geisteszustand der Angeklagten in der Zeit vom November/Dezember 1907 anbelangt, so handelt es sich bei der Angeklagten um eine hysterisch-psychopathische Persönlichkeit, die schwerere und leichtere Fälle von Hysterie durchgemacht hat, die sie psychisch degeneriert

haben. Es ist ein Fall, der dicht an der Grenze von gesund und krank steht, und es ist die Frage, ob eine solche Person strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen ist. Der Sachverständige wie auch Oberarzt Dr. Lullies aus der Anstalt Korfau seien zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Grenze zwar stark berührt, aber nicht überschritten worden ist. Als die Angeklagte nach Korfau zur Untersuchung kam, befand sie sich in einem Zustand schwerer Geisteskrankheit. — Auf die Frage des Justizrats Sells, ob sich der Sachverständige ein bestimmtes Urteil über die Willensfreiheit für die Zeit bei Begehung der Tat gebildet habe, erklärt der Sachverständige, daß er der Ansicht ist, daß die Angeklagte am Morgen des 26. Dezember jedenfalls vorübergehend verwirrt war, aber sie ist auch wieder geistlich gewesen. Am 18. Januar bei der Gegenüberstellung der Frau v. Schönebeck mit dem Sachverständigen habe er sofort zweifellos den Zustand der Geisteskrankheit gefunden, und zwar einen Zustand sehr schwerer Art. Er könne nicht sagen, daß die Geisteskrankheit am 18. Januar angefangen hat, aber er meint, daß die Verhaftung einen furchtbaren Eindruck auf die Angeklagte gemacht hat.

Ein Zwischenfall.

Sachverständiger: Es muß einmal ausgesprochen werden, daß es für eine gebildete Dame durchaus gesundheitsgefährlich ist, wenn sie in ein derartiges Loch gesteckt wird, wie es die Zellen des alten Gerichtsgebäudes hier sind. Wenn der Staat jemand verhaftet, dann hat er auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Unterbringung in einer angemessenen Weise geschieht. Vorsitzender (unterbrechend): Darüber haben Sie, Herr Sachverständiger, kein Urteil abzugeben. Diese Erörterungen sind Sache der Justizverwaltung. Erster Staatsanwalt: Ich muß auch gegen diese Ausführungen protestieren. So schwerere Mittmeister a. D. Rittergutsbesitzer Kern: Der Staat ist doch nicht dazu da, einen Unterschied zu machen. . . . Vorsitzender (unterbrechend): Wenn Sie Fragen stellen wollen, so ist das Ihr Recht. Ich kann aber nicht dulden, daß Sie hier Ausführungen machen. Ich selbst oder seine nochmals darauf hin, daß derartige Erörterungen nicht hier in den Saal gehören, sondern an eine andere Stelle. Ein Geschworener, der schon am Morgen sich krank fühlte, erklärt, daß es ihm unmöglich sei, der Verhandlung weiter zu folgen. An seine Stelle tritt ein Ergänzungsgeschworener. Verteidiger Rechtsanwalt Bahn macht darauf aufmerksam, daß die Angeklagte heute sehr angegriffen und aufgeregt sei und ersucht eine Pause einzutreten zu lassen. Das geschieht.

Nach der Pause erklärt Sanitätsrat Dr. Stollenhoff, daß er mißverstanden worden sei. Er wolle in keiner Weise Kritik üben und nur zum Ausdruck bringen, daß im vorliegenden Fall die Unterbringung der Angeklagten im hiesigen Gefängnis unzumutbar und gefährlich war.

Der nächste Sachverständige ist Oberarzt Dr. Hall (Korfau). Er hat bei seinem Besuch in der Zelle Göbens den Eindruck gewonnen, daß Göbens Erzählungen nicht so zu nehmen waren, wie er sie gab. Göben habe ihm erzählt, daß er schon als Knabe homosexuelle Neigung verspürt und sich sehr darüber gewundert habe,

daß die Kameraden sich schon mit 10 Jahren zu den Mädchen hingezogen fühlten. Weiter erklärt der Sachverständige zu den Aussagen des Fräulein Neubauer über perverse Ergeße, daß Jüge von Flagellantisimus, Rasochismus usw. bei derartigen onanistischen Ausschweifungen durchaus glaubhaft erscheinen. Es braucht bei solchen perverten Anlagen jemand noch nicht geisteskrank zu sein. Göben ist Phobopath. Der Sachverständige schließt sich der Annahme von Schrenk-Rohring an, daß Göben ein phantastischer Lügner war. Es liege die Frage nahe, ob alles, was Hauptmann von Göben Bekundendes gegen die Angeklagte vorgebracht hat, auch wahr sei. Er sagte am nächsten Tage nach seinem Befändnis, er hätte es sich überlegt, es sei doch möglich, daß einige Unrichtigkeiten von ihm vorgebracht worden seien. Deswegen wolle er mit dem Kriegsgerichtsrat Conradi über die entlastenden Momente Rücksprache nehmen. Er hat dann auch längere Zeit mit Kriegsgerichtsrat Conradi verhandelt. Man sah ihm an, daß er innerlich das Bestreben hatte, etwas zurückzunehmen, daß es ihn aber andererseits drängte in seinem Interesse, um nicht unglaubwürdig zu erscheinen, seine Darstellung ausreicht zu erhalten. Der Sachverständige erklärt, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Göben für seine Handlungswiese verantwortlich zu machen sei, wenn auch manche Momente in psychischer und moralischer Hinsicht mildernd ins Gewicht fallen. Die Hauptverhandlung habe nichts an seiner Ansicht geändert. Für eine Geisteskrankheit würde ja sprechen, daß er ruhig nach der Tat nach Hause gegangen ist, fest geschlafen und keine Reue gezeigt hat. Aus dem Kriege sei er aber gewohnt gewesen, auf Menschen zu schießen und es mag bei ihm nichts außergewöhnliches haben, ein Menschenleben zu beseitigen. Nach all diesen Erwägungen kommt der Sachverständige zu dem Schluß, daß eine Reihe mildernder Umstände für die Beurteilung der Tat anzuführen sind, daß aber § 51 nicht in Anwendung kommen kann.

Sachverständiger Sanitätsrat Dr. Lullies faßt sein Gutachten über die Angeklagte dahin zusammen, daß es sich um eine erblich belastete Jugend auf sehr schwer hysterische Kranke handelt. Sie gehört zu den Grenzfällen, jedoch erreicht sie die Grenze der Schuldslosigkeit des § 51 noch nicht. Was die Zeit vom 26.—31. Dezember anlangt, so sind zweiwöchentlich in dieser Zeit Zustände von Verwirrtheit festgestellt. Man könne aber nicht sagen, in welchem Augenblick die Angeklagte klar und wann sie verwirrt war. Aus einer Bemerkung des Ersten Staatsanwalts, daß Medizinalrat Dr. Eberhardt bei der ersten Vernehmung der Angeklagten am 26. Dezember sie nicht für geistesgekräft gehalten habe, ergibt sich eine längere Debatte. Die Verteidigung verlangt, daß Eberhardt nochmals vernommen wird, da auch der Sachverständige Dr. Lullies erklärt, daß Eberhardt das nicht gesagt habe. Dr. Eberhardt soll für die Verhandlung am nächsten Tage geladen werden.

Als nächster Sachverständiger erstattet Gerichtsrat Privatdozent Dr. Strauch-Berlin sein Gutachten über den Geisteszustand der Angeklagten zur Zeit der Tat. Um besser verstanden zu werden, gibt der Sachverständige vor seinen weiteren Ausführungen das Schlussergebnis seines Gutachtens. Es lautet: „Ich bin nach meiner wissenschaftlichen Erfahrung und Ueberzeugung zu der Ansicht gekommen, daß sowohl bei der Angeklagten wie bei Hauptmann v. Göben Geisteskrankheit vorlag. Bei der Angeklagten vor der Tat, als auch in der Zeit der Tat und nach der Tat; bei Hauptmann v. Göben vor, während und nach der Tat, mindestens bis etwa zum 6. Januar. Zur Begründung dieses Gutachtens weist der Sachverständige auf den Lebensgang der Angeklagten bis zur Begehung der Tat hin.

Der irreunde Vorsitzende.

Der Vorsitzende unterbricht den Sachverständigen, als er erklärt, daß die Angeklagte im Hause gereizt, schroff und unliebenswürdig gegen die Diensthofen, auch gegen die Vorgesetzten und Kinder gewesen sei. Er behauptet, er habe davon nichts gehört, daß in der Verhandlung vorgekommen sei, daß sie unliebenswürdig gegen die Kinder gewesen sei und die Hunde geprügelt habe. — Rechtsanwalt Bahn: Würde es sich nicht lieber empfehlen, den Sachverständigen auszusprechen zu lassen? — Vors.: Es ist ja sehr liebenswürdig, daß Sie mir das empfehlen. Ich muß mir aber das Recht vorbehalten. — Rechtsanwalt Bahn: Wenn ich schroffere Formen anwenden wollte, würde ich das brandstücken. — Vors.: Ich habe das Recht, den Sachverständigen zu unterbrechen, besonders wenn ich der Ansicht bin, daß etwas in der Verhandlung nicht vorgekommen ist. Dieses Recht lasse ich mir nicht nehmen. Wenn Sie meine Äußerungen brandstücken wollen, können Sie einen Gerichtsbeschluss herbeiführen. — Rechtsanwalt Bahn: Das will ich noch nicht, zumal sich gezeigt hat, daß der Sachverständige Recht hatte. — Vors.: Geheiß, ich habe mich geirrt. Aber ich hatte das Recht zu unterbrechen; Sie brauchen mich deshalb nicht gleich zu stellen. — Rechtsanwalt Bahn: Es ist mir nicht eingefallen, den Vorsitzenden zu stellen, ich habe mich auf den rein strafprozessualen Boden gestellt.

Nach diesem interessanten Zwischenfall fährt der Sachverständige in der Erörterung seines Gutachtens fort. Aus dem ganzen Charakter und der Veranlagung der Frau kommt er zu der Folgerung, daß die Angeklagte die Liebesfäden um Göben immer enger spann und Lust daran empfand, die Huldigungen dieses Mannes entgegenzunehmen. Sie erfüllte Göben mit Haß gegen ihren Gatten, um ihn so sicher in ihrem Bann zu haben. Klagen wechselten mit raffinierten Liebeskünsten ab. Es sei sicher, daß Göben der Willensstärkere war, die Frau die oberflächlichere Natur. Sie beide beaufschäfteten sich an den Lustschlüssen, die sie miteinander bauten. Trotzdem ist der Sachverständige nicht der Ueberzeugung, daß die Angeklagte ermüdet von ihrem Gatten befreit sein wollte. Er habe nicht einmal die Ueberzeugung, daß sie Göben überhaupt liebte, daß sie ihn heiraten wollte.

Neue Unterbrechungen.

Frau Mittmeister Groch habe die Trauer der Angeklagten am Sarge des Majors geschilbert. Wenn die Angeklagte befreit sein wollte, dann würde sie eine stundenlange Trauer nicht machen, vor allem nicht machen können. — Vors.: Ich halte es nicht für richtig wenn Sie in dieser Weise in die Beweiswürdigkeit eintreten. Sie mühten mir dann die Erklärung abgeben, daß das für Ihr Gutachten notwendig ist. — Erster Staatsanwalt: Der Herr Sachverständige hält ja ein vollständiges Waldoyer. — Vors.: Ich bitte jedenfalls, sich Beschränkung aufzuerlegen. — Erster Staatsanwalt: Ich habe dauernd die schwersten Bedenken gehabt. — Sachverständiger: Ich mache die gesamte Beweisnahme zur Grundlage meines Gutachtens. — Erster Staatsanwalt: Sie haben z. B. vergessen anzugeben, daß die Angeklagte bei dieser angeblichen Trauer keine einzige Träne vergossen hat. — Sachverständiger: Der härteste Schmerz ist der tränenlose Schmerz. — Vors.: Ich bitte nur die Punkte zu erwähnen, die absolut notwendig sind. — Sachverständiger: Ich bitte mir zu sagen, wann ich irgendwie unzulässig in die Beweisnahme eingreife. — Vors.: Das kann ich nicht und will ich auch nicht. — Erster Staatsanwalt: Ich erkenne ja nicht, daß die Aufgabe der Sachverständigen schwierig ist, aber wir müssen alles Persönliche ausmerzen. — Sachverständiger: Ich bitte mir zu sagen, wo ich persönlich geworden bin. — Vors.: Ich will ein Zusammentreffen wie vorhin mit der Verteidigung möglichst vermeiden. Es ist mir selbst unangenehm. Gewöhnlich liegt die Schuld auf beiden Seiten.

Nach diesem Zusammenstoß fährt der Sachverständige in der Begründung seines Gutachtens fort und erklärt, daß die Angeklagte zur Zeit der ihr zur Last gelegten Handlung mit dem Gedanken der Befreiung von ihrem Gatten nur gespielt und geständelt hat. Die Tat selbst hat sie nicht gewollt. In bezug auf Göben kommt der Sachverständige zu der Ueberzeugung, daß er schrankenlos in seinen Liebesbeteuerungen zu dieser Frau war, die er als überirdisches Wesen ansah. Er vergaß den Rest der den militärischen Vorgesetzten, den Dienst vernachlässigte er, die Kameraden hielten ihn direkt für geistesgekräft.

Ein neuer Irrtum.

Vors.: Das ist nicht gesagt worden. — Der Sachverständige weist darauf hin, daß Oberleutnant Kupschewski ausdrücklich gesagt hat, Göben habe nicht einen, sondern mehrere Sparrren gehabt.

Todes-Anzeige.
Nach langem, schwerem Leiden ist am Sonnabend früh 4 Uhr der Drechsler
Karl Kurth
verstorben.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Sophien-Friedhof, Freiwalder Straße, statt.
Dieses seinen Freunden und Kollegen zur Nachricht.
Richard Babel, Töpfer.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 25. d. Mts. starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Falzer
Paul Müller
im Alter von 38 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 1/2 4 Uhr, auf dem neuen Alexander-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Allen Freunden und Bekannten nebst früheren Kollegen und Kolleginnen sowie den Werkmeistern der V. G. B. H. II, die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Auguste Pallasky geb. Zierdt
am 25. Juni, 2 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Um stille Beileid bitten der trauernde Gatte
R. Pallasky nebst Sohn.
Beerdigung Dienstag nachm. 4 Uhr von der Halle des Friedhofs Kirchhofs Nordend. 2746b

Freie Atheistische Gesellschaft.
Wittwoch, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
bei **W. K. H. II**, Brunnstraße 188:
Öffentliche Versammlung.
Fortsetzung der von der Polizei am 6. Juni verhinderten Tagesordnung wie vorher.
Der Einberufer:
R. Jachinski, Biesenstraße 41.
Von der Reise zurück
Dr. Badt,
73/15 Neue Königstr. 32.

Parteisekretär gesucht.
Für das Partei-Sekretariat in Frankfurt a. M. soll noch ein Sekretär angestellt werden. Es wird auf eine tüchtige Kraft rechnet, die sowohl die schriftliche, als mündliche Parteiarbeit und Agitation erledigen kann. Eintritt sobald als möglich. Anfangsgehalt 2400 Mark. Grundzüge des Vereins Arbeiterpresse gelten.
Bewerbungen, denen ein Bericht über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung beizufügen ist, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 15. Juli d. J. an Genossen Hch. Wittich, Frankfurt a. M., Stoltestraße 13/15, zu richten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenführer
Paul Bothe
am 25. Juni gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Maschinenführer
Karl Kurth
am 25. Juni.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sophien-Friedhofes, Freiwalder Straße, aus statt. Begeleitigung wird erwartet 117/20 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede.
Zahlstelle X.
Nachruf.
Am 24. Juni er. verstarb unser Mitglied
Hugo Kriestkeitz
Swinemünder Str. 91.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Paul Pohland** sagen wir allen Freunden und Bekannten, vor allen den Kollegen der Firma Deutsche Telephonwerke, unseren herzlichsten Dank. 2746b
Frau Else Pohland nebst Kindern.
Gustav Pohland und Frau als Eltern.

Blumen- und Kranzbindererei
von **Robert Meyer**,
nur **Mariannen-Straße 2.**
Kost und Sogis
von 1. Juli zu möglichem Preis mit Aufenthalt in der Familie wird von dänischem Student gewünscht, am liebsten wo ein munterer 10-15jähr. Sohn ist, mit welchem Suchender deutsch sprechen kann. Angebote erb. an **Togfret 208 Jensen**, Aarhus, Dänemark.

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
Wohlfühl, nur 1 Mark
Herren- und Damenuhren, Ketten, Wand- und Standuhren, Gramophone, Zithern und alle Musikwaren.
Jahre & König,
Warschauer Str. 68,
Reinickendorfer Str. 101,
Göbenstr. 19.

Trebschen (Kr. Züllichau)
Lungenheilstätte für den Mittelstand. Heilung der Tuberkulose ohne Tuberkulin. Genfionspreis einfl. nur 5 M. täglich.
Dr. Diesing,
Leitender Arzt.
Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarembo,
Beinbergstraße 1, dir. a. Kofenthaier Lor. Billigste Bezugsquelle! Versuch i. zur dauernden Rundschau!
Gummiwaren
Galler Art. Anfr. erboten
Gummi-Grosso-Haus
C.A. Growald, Charlottenburg-Berg 37. Postamt 2.
Parzelle M. 1100,
Ang. 100 M. a. vert. Kolonie
Dobrim Viehdorf, Marzahnner Str. 3, part. Tel. 2g. 676.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler u. Berufsgenossen.
E. S. 86. Verwaltungsst. Berlin D.
Am 25. d. Mts. verstarb unser Mitglied
Karl Kurth.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Friedhofes, Freiwalder Straße, aus statt.
257/4 Die Ortsverwaltung

Am 25. Juni, nachm. 1 1/2 Uhr, entfiel nach langem Leiden mein lieber Mann, der Tischler
Wilhelm Wende
im 68. Lebensjahre.
Um stille Beileid bittet
Die trauernde Gattin
Anna Wende geb. Krug.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Friedhofes, Hixdorf, Hermannstraße, aus statt. 2745b

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns von allen Seiten am Grabe meines lieben Mannes, unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Deffilateurs
Wilhelm Schroeder
zu teil geworden sind, sprechen wir hierdurch unseren besten Dank aus.
Berlin, Uferstr. 14, den 27. Juni 1910. 27435
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ungewitter's Kautabak

Karow eine Station Buch
vor
Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pf. v. Stett. Bf. 25 Min. Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönh., 12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar am Bf. Behausungspl. genehmigt. Pläne gratis. Mül. Anz. u. langjähr. Hypotheken. Verkäufer ständig a. Bf. Karow.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Achtung, Grünau!
Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerausflügen mein (renoviertes) Lokal und Garten. Nur reelle Speisen und Getränke zu billigen Preisen.
Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler u. Berufsgenossen.
E. S. 86. Verwaltungsst. Berlin D.
Am 25. d. Mts. verstarb unser Mitglied
Karl Kurth.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Friedhofes, Freiwalder Straße, aus statt.
257/4 Die Ortsverwaltung

Dauftagung.
Für die liebevolle Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Gustav Kolbe
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 2744b
Emma Kolbe und Kinder.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz, Ecke Oranienstraße 61. 1
im Hause der National-Bank.
(früher Prinzenstr. 28)

Pianos-Gelegenheitskäufe in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Blose etc. Garant. **Pianohaus Krause**, Berlin W., Ansbacherstr. 1.
Syphilis - Nachweis
in allen frisch u. veraltet. zweifelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; desgl. Harn- (spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Rohrentrahne, I. 8724. Berl. Rüdpr. biatr. u. kostenl. geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspolizeidirektion. - Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.
Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geratehallern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt Lothringers Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

Zepernick-Bernau.
Parzelle von 390 M. an (ca 90 J.)
Kleine Anzahlung u. langjährige Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Bf. Zepernick.
J. Rieger, Gontardstr. 5.
Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. von A. A. A. u. Prof. grat. u. s. w.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstr. 119

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche **Versand-Abteilung: Leipziger Str.** Versand nach ausserhalb erfolgt prompt **Soweit Vorrat**

Glas - Porzellan - Wirtschafts-Artikel

Glaswaren
Service Diamant
Kompotteller 6 Pf.
Aschbecher 38 Pf.
Butterglocken 42 Pf.
Käseglocken 55 Pf.
Kuchenteller ... 80, 60, 35 Pf.
Kompottschal. 55, 40, 25, 15, 9 Pf.
Tablets 85, 38 Pf.
Eisschalen 18 Pf.
Erdbeerschalen 23 Pf.
Wasserbecher 8 Pf.
Sturzflaschen 45 Pf.

Grosse Posten
Waschgarnituren 5⁷⁵
5 Teile mit Dosen, grosse Form mit Golddekoration ...
Einzelne dekorierte
Waschbecken 95 Pf. Kannen 75 Pf.
Tassen echtes Porzellan, dekoriert 15 Pf.
dünnes Porzellan, mit Goldrand 23 Pf.
Speiseteller 16 Pf. mit Goldrand
Dessertteller 14 Pf. mit Goldrand

Wein-Garnituren
Empire, hoher Stil, Empiregürtl. | Colonia mit Reifbordüre
38 Rotweinglas 23 Pf.
40 Rheinweinglas 28 Pf.
45 Bowlinglas 38 Pf.
30 Likörglas 18 Pf.
45 Sektglas 32 Pf.
30 Bierbecher 25 Pf.
Vasen glatt. 85, 75, 65, 45 Pf.
geschliff. 100 85, 75 Pf.
neue Ausföhr. 185 125 110
Einkochapparat komplett 9⁷⁵

Wirtschafts-Artikel

Spiritusplatten 4²⁵ 5³⁵ 6⁵⁰ 8⁰⁰
Spirituskocher 25, 45, 80 Pf.
Petroleum-Kocher 1 Kochstelle 1³⁰ 1⁹⁵ 2²⁵
Petroleum-Kocher 2 Kochstellen 4²⁵ 5²⁵
Gaskocher 2 Kochstellen 5⁷⁵ 2 Kochstellen, 2 Wärmern 7⁷⁵
2 Gasplatten mit Schieber Garnitur 4²⁵

Aluminium-Trinkbecher zusammenlegbar 20 Pf.
Schaukelbadewannen 25⁰⁰ 27⁵⁰ 30⁰⁰
Sitzbadewannen 7⁵⁰ 8⁷⁵ 9⁷⁵
Blumengiesskannen 40, 55, 70, 80, 95 Pf.
Gartenschläuche prima Gummi Meter 1²⁵ 1⁶⁵ 2²⁵
Rasen-Mähmaschinen 15⁰⁰ 17⁰⁰ 18⁰⁰

Emaille
Emaille-Waschgarnitur 3 Teile, bunt dek. 2⁶⁵
Emaille-Waschgarnitur 5 Teile, w. dek. 5⁷⁵ 8⁵⁰
Wassereimer dekor. 95 Pf. m. Messingbügel 2⁶⁵
Wassereimer ca. 28 cm 65 Pf.
Konsole Sand, Seife, Soda 95 Pf.
Konsole Sand, Seife, Soda „Delft“ 2²⁵

Eis-Schränke

Innen Zink mit Oberkühlung 18⁰⁰ 37⁶⁰ | Innen Zink eintörlig 14⁰⁰ 21⁰⁰ 26⁶⁰ 36⁰⁰ | Innen Zink zweltörlig 44⁰⁰ 55⁰⁰ 68⁶⁰
Innen Zink hohe Form 49⁶⁰ | Innen Glas eintörlig. 42⁰⁰ 55⁰⁰ 65⁰⁰ | Innen Glas zweltörlig 68⁶⁰ 85⁰⁰

Reise-Rasier-Apparat „Phönix“ im flachen Etui mit 6 doppel-seitig angeschliff. Stahlklingen **3⁰⁰**

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Neuen Rathauskellern, Weininger Str. 8, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die politische Lage“. Referent Genosse Max Grünwald. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Wilmsdorf-Halensee. Heute, Dienstagabend pünktlich 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, seine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: ein Vortrag der Genossin Gertrud David „Die Genossenschaftsfrage und der Magdeburger Parteitag“, Abrechnungen sowie die Beschwerte gegen den Ortsvorstand des Vereins freier Gastwirte. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung der Schellhose. Tagesordnung: Vortrag der Genossen S. Kagenstein über: Die Bedeutung der Arbeiter-Jugendheime. Der Vorstand.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ebel die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kubig über „Republik oder Monarchie“. Wahl der Delegierten. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Restaurant „Zum Fürstentad“. Bericht und Neuwahl des Vorstandes. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 29. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Bismarck, Friedrichstr. 112, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung und der Funktionäre. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-N. Heute abend 8 Uhr findet im Restaurant Sabau, Reichenstr. 124, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Am Mittwochabend von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Heute abend 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen. — Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung in den „Eichbornkellern“, Eichbornstraße 60. Agitiert für Massenbesuch! Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl sämtlicher Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Spandau. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Koernig, Nischendorfer Str. 39, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und des Kassierers vom letzten halben Jahr. Bericht der Kommission. An den Vorstand gestellte Anträge. Neuwahl des Gesamtvorstandes, der Kommissionen und Bezirksführer. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Krankenhausverwaltung.

In der jüngsten Sitzung der Krankenhausdeputation wurde zunächst Beschluß gefaßt über die Belegungsziffern der Krankenhäuser, die für den Etat 1911 zugrunde gelegt werden sollen. Die Verwaltung schlug vor, gegenüber den Zahlen vom Jahre 1910 keine Steigerung eintreten zu lassen. Dem widersprach auf das entschiedenste der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Dr. Weyl mit dem Hinweis auf die chronische Ueberfüllung aller Heilanstalten und die große Zahl von Abweisungen, die nach einer amtlichen Aufstellung der Deputation selbst im letzten Jahre wegen Platzmangels stattfanden. Allein im Vierteljahr Januar-März 1910 sind in den städtischen Krankenhäusern wegen Platzmangels 1305 Personen abgewiesen worden: 906 Erwachsene, 148 Kinder aus Berlin; 227 Erwachsene, 24 Kinder von außerhalb. Die Abweisung erfolgte, weil die Krankenhausbehandlung nicht erforderlich oder die Aufnahme nicht dringend oder der Kranke wegen der Krankheitsform zur Aufnahme ungeeignet sei. Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber rechten, ob der Arzt, der die Aufnahmeuntersuchung vornimmt, den Zustand des Patienten wirklich besser zu beurteilen vermag als der behandelnde Privat-, Kassen- oder Armenarzt, der in jedem einzelnen Falle die Einweisung in das Krankenhaus für notwendig gehalten hat. Ueber die unzulänglichen Wohnungs- und Verpflegungsverhältnisse des Kranken ist doch naturgemäß der Aufnahmearzt überhaupt nicht unterrichtet. — Aber trotz der so peinlichen und strengen Sichtung blieben allein im ersten Vierteljahr 1910 noch 268 Schwerkranke übrig, die beim besten Willen nicht in eine der vorgenannten Rubriken eingeklassiert werden konnten, sie wurden eben abgewiesen, trotzdem ihr Zustand die sofortige Aufnahme in die Anstalt dringend erforderlich machte, weil kein Platz war!

Aus der Waisenverwaltung konnte Dr. Weyl mitteilen, daß im Waisenhaus der Scharlach endemisch gleichsam heimisch auftritt, weil es nicht gelingt die Scharlachkranken Kinder stets in ein städtisches Krankenhaus zu überführen. Die geschlechtskranken Fürsorgezöglinge werden nicht im Virchow-Krankenhaus aufgenommen, sondern werden in die Geschlechtskrankenstation des städtischen Obdachs eingewiesen, wo ihr Verkehr mit den Dirnen usw. gewiß nicht geeignet ist, ihre Lebensführung günstig zu beeinflussen. — Die Deputation ließ sich durch diese Ausführungen unseres Genossen nicht bewegen, die Belegungsziffern für das neue Etatsjahr zu erhöhen.

Die Vespredung wandte sich alsdann dem Bauprogramm der Anstalt zu, die für Lungen- und Kehlkopfleidende in Buch errichtet werden soll. Die Anstalt soll tuberkulöse Lungen- und Kehlkopfleidende Männer, Frauen und Kinder jeden Grades (auch voraussichtlich Unheilbare) zur Entlastung und Ergänzung der städtischen Krankenhäuser und Heimstätten aufnehmen und für 1000 Krankbetten angelegt werden. An Tuberkulöse anderer Organe Leidende und chirurgisch zu behandelnde Kranke sollen nicht aufgenommen werden. Als Bauplatz ist ein zu dem Grundbesitz der Stadtgemeinde Berlin im Gemeindebezirk Buch gehöriges, nördlich der Stettiner Bahn im Godowald gelegenes Gelände von etwa 10 Hektar Größe in Aussicht genommen. Die Gebäude für Kranke sind nach dem Pavillonssystem zu errichten, und zwar zweigeschossig. Nach dem Entwurf sind an Gebäuden für Kranke zu errichten für:

- a) die Männerabteilung: 4 Pavillons mit 2 Geschossen für je 68 Betten, mithin 4mal 136 Betten 544 Betten
 - b) die Frauenabteilung: 2 Pavillons mit 2 Geschossen für je 68 Betten, mithin 2mal 136 Betten 272
 - c) die Kinderabteilung: 1 Pavillon (zweigeschossig) mit 92
 - d) die Abteilung für Kranke der II. Verpflegungsklasse: 1 Pavillon mit Zimmern bis zu 6 Betten 80
- Für Infektionskranke sind in einem Anbau an den Kinderpavillon mit besonderem Eingange . . . 12

Im ganzen also 1000 Betten

vorzusehen. Es wird angenommen, daß die Beheizung und Beleuchtung, die Bewässerung und Entwässerung, die Lieferung von Dampf und elektrischer Kraft zum Antriebe von Maschinen und Apparaten von der Zentrale Buch oder derjenigen der IV. Irrenanstalt erfolgt. Ferner soll die Versorgung der Anstalt mit Arzneien und Badwaren, sowie die Reinigung, das Rollen und Plätten der Wäsche durch die Zentrale in Buch stattfinden. — In der Diskussion wurde von unserm Genossen gefordert, daß die in das Programm hineingeschmuggelte „zweite Verpflegungsklasse“ für sogenannte besser situierte, richtiger „besser gekleidete“ Kranke in Fortfall komme, die hierfür vorgesehenen 80 Betten sollten der Frauenabteilung zugute kommen. Nach dem amtlichen Quellenwerk „Preussische Statistik“ starben in Preußen auf 10 000 Lebende an Tuberkulose in den Jahren 1900 bis 1903 23,14; 21,85; 20,72; 21,18 männliche und 19,19; 17,78; 17,41; 18,26 weibliche Personen. Nicht nur tuberkulöse Lungen- und Kehlkopfleidende, sondern tuberkulöse Kranke jeglicher Art, wie etwa mit Darmtuberkulose Behaftete, sollten Aufnahme finden. Für chirurgische Eingriffe müßten entsprechende Vorkehrungen in jedem Pavillon vorgeesehen werden. Ein Röntgeninstitut zur Erkennung komplizierter Fälle sei notwendig, der Baderaum mit 4 Männern und 4 Douchen für einen Pavillon zu 68 Betten sei unzulänglich, wenn die Anstalt, wie es am Schluß des allgemeinen Programms ausdrücklich heiße, allen Anforderungen der modernen Krankenpflege und Wissenschaft entsprechend ausgeführt werden soll. Die Einwände hinsichtlich der Vermehrung der Frauenbetten, des Fortfalls der sogenannten zweiten Verpflegungsklasse, der Bereitstellung chirurgischer Hilfe und der Aufnahme Tuberkulöser jeglicher Art wurden anstandslos respektiert. Die Beschaffung der Röntgenapparate und der Ausbau der Baderäume wurde abgelehnt, im übrigen der Entwurf dem Magistrat herübergegeben. Wenn er an die Stadtverordnetenversammlung gelangt, wird es unsere dankbare Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die noch vorhandenen Lücken ausgefüllt werden und die ganze Anstalt wirklich allen Anforderungen der modernen Krankenpflege und Wissenschaft entsprechend ausgeführt wird.

Das Verhalten der Irrenanstalt Buch bei der Entlassung des geisteskranken Russen Semen Arschatoff Zerpotosow aus Obeffa alias Mirosl wurde am 4. Mai in der Stadtverordnetenversammlung vom Genossen Lohm gerügt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte dann den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Irrenanstalten anzuweisen, daß sie vor jeder Entlassung eines Kranken auch seinen gesetzlichen Vertreter im Kenntnis setzen. — Der Magistrat Berlin teilt jetzt der Stadtverordnetenversammlung mit, daß schon bisher, wenn ein Pfleger bestellt worden war, in Fällen, in denen für seine Entlassung oder seinen Verbleib außerhalb der Anstalt die Mitwirkung des Pflegers nützlich erschien, nicht nur eine Anzeige vor der Entlassung an den Pfleger erfolgt ist, sondern zunächst mit ihm über die im Interesse des Kranken zu treffenden Maßregeln verhandelt worden ist. Dagegen ist der Kranke ohne die Beihilfe oder Mitwirkung des Pflegers zur Entlassung gekommen, wenn er seinem Zustande nach genügend für sich selbst sorgen konnte und die Verhältnisse geordnet waren. Das Reglement für die Irrenanstalten der Stadt Berlin sei ministeriell genehmigt und könne vom Magistrat nicht einseitig geändert werden. Der Magistrat sei gegenwärtig mit der Revision dieses Reglements beschäftigt und werde eine andere Fassung in Anregung bringen. Inzwischen sind die Direktoren der Irrenanstalten angewiesen, regelmäßig in allen Fällen schon vor der Entlassung von Geisteskranken den zur Fürsorge für die Person gerichtlich bestellten Pflegern und den Vormündern von der bevorstehenden Entlassung Nachricht zu geben, in besonders gearteten Fällen aber, in denen sie glauben, von dieser Mitteilung Abstand nehmen zu müssen, die Entscheidung der Deputation für die städtische Irrenpflege einzuholen.

Eine Massenverhaftung wurde am Sonnabend in den Räumläulen der städtischen Pfandkammer in der Neuen Schönhauser Straße vorgenommen. Wie uns berichtet wird, wurden gegen 200 Personen nach der Wache am Wobbeplatz eskortiert und dort nach stundenlangem Warten und Feststellung der Personalien entlassen. Nach einigen Mitteilungen zu urteilen, ist man recht wahllos vorgegangen. Alles, was sich eingefunden hatte, wurde mitgenommen, als ob die Leute Verbrecher wären. Es ist richtig, daß unter den Personen, die sich auf dem Hofe der Pfandkammer aufhalten, auch recht zweifelhafte Elemente befinden, aber andererseits finden sich auch viele Leute ein, die als Händler ihrem Gewerbe nachgehen. Diese empfinden es als herabwürdigend, wie die Verbrecher durch die Straßen transportiert und stundenlang auf der Wache festgehalten zu werden.

Der Polizeifußball spielte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und am Sonntag in verschiedenen Teilen Berlins eine große Rolle. An der Ecke der Lüneburger und Flemmingstraße kamen mehrere Arbeiter mit dem Inhaber einer Restauration in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Zwei Schußleute griffen ein und machten von der Waffe Gebrauch. Ein Arbeiter Max Pfeisch hatte so schwere Kopfwunden davongetragen, daß er in der Charité verbunden werden mußte. In einem zweiten Falle war an der Ecke Gormann- und Steinstraße zwischen den beiden Arbeitern Richard Knaal und Alfred Werlich Streit entstanden. Auch hier griff die Polizei mit dem Säbel ein, Knaal erhielt zwei Säbelhiebe über den Kopf und die Schulter. Die Polizei nennt das: er wurde „kampfunfähig“ gemacht.

In einem dritten Falle wurde der Polizeifußball gegen einen Mann auf dem Grundbrunnen in der Stettiner Straße gebraucht. Wir sahen am Sonntag gegen Mittag, wie zwei Schußleute einen blutüberströmten Menschen nach der Unfallstation in der Hochstraße brachten. Das Blut rieselte aus einer klaffenden Kopfwunde in der Gegend des rechten Auges herab. Das ganze Gesicht, die Beste, die Nase, der Mund waren voller Blut. Die Wunde rührte von einem Säbelhieb eines Schutzmannes her. Unter den Augenzeugen entstand eine große Aufregung und Empörung über dieses sonntägliche Straßenbild und manche Verwünschung gegen die Polizei wurde laut.

Eine Gefahr für spielende Kinder bildet ein Bretterzaun auf dem Grundbrunnen, der ein Grundstück an der Ecke Poststraße und Wölgerstraße umschließt. Dort haben anscheinend Unbesugte

auss dem Bretterverfälsch einige Bretter entfernt, wodurch ein freier Ausblick auf das Grundstück entstanden ist. Dieser Ausblick kann aber nicht ohne Gefahr gehen, da der Boden etwa 2 1/2 Meter unter dem Straßenniveau liegt. Wiegt sich dort ein Kind in seiner Neugierde etwas zu weit vor, kann es leicht abstürzen und sich Hals und Beine brechen. Wenn man bedenkt, daß bis-a-bis eine Schule belegen ist, wird man die Größe der Gefahr in ihrem ganzen Umfange ermessen können. Wir sind gespannt; ob der Bretterzaun erst zugunagelt wird, wenn ein Unglück geschehen ist!

Die trotz aller Warnungen noch immer sehr häufigen Beschädigungen der städtischen Parkanlagen durch das Publikum zwingen die städtische Parkverwaltung zu energischem Vorgehen gegen die Uebel-täter. So hat die Verwaltung neuerdings gegen zwei Personen, welche im Friedrichshagen blühende Zweige abgebrochen und mit sich genommen haben, die Einleitung eines Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft beantragt.

Der Schreck gestorben ist in der vergangenen Nacht die 88 Jahre alte Ehefrau Marie des Tischlermeisters Gerde aus der Breitenhagener Straße 88. Die Leute besaßen in der Kolonie Müllerstraße eine Laube und einen Stall, in dem sie Hühner und Kaninchen haben. In der vergangenen Nacht schliefen sie in der Laube. Plötzlich erwachte der Mann durch ein Geräusch. Einbrecher hatten sich an den Stall herangeklettert, um das Vieh zu rauben. Gerde sprang auf und verfolgte sie. Er sah noch, wie drei Kerle davonliefen und entkamen. Als er nach der Laube zurückkehrte, lag seine Frau schwer krank da. Sie hatte vor Schreck einen Herzkrampf bekommen. Nachbarn holten rasch einen Arzt von der Rettungswache in der Gaudystraße, dieser konnte aber nur feststellen, daß die Frau unterdessen schon gestorben war.

Der „Direktor“ der „Seifenzentrale“ verhaftet. Ein guter Fang ist der hiesigen Kriminalpolizei geglückt. Kürzlich wurde über die raffinierten Schwindereien eines Betrügers berichtet, der sich als Direktor einer Seifenzentrale, die er in der Wilhelmstr. 189 begründet haben wollte, ausgab. Er erließ Annoncen und suchte launischfähige Herren und Damen für seine Zentrale. Sobald sich Leute meldeten, wurden sie tüchtig ausgebeutet, worauf dann der Gauner verdunstete. Die Polizei hatte nun in Erfahrung gebracht, daß der angebliche Direktor, der 20 Jahre alte Kaufmann Karl Barth, am Sonnabendabend bei einem Rechtsanwalt Sch. am Hagedorn Markt zu tun hatte. Dort wurde er von einem bereit stehenden Beamten in Empfang genommen und abgeführt.

Auflösung der Freien Volksbühne Charlottenburg. Die F. V. B. hat in ihrer Generalversammlung am 28. Juni die Auflösung beschlossen. Der Verein hat sechs Jahre bestanden, hat sich aber in den letzten Jahren kaum noch vergrößert. Da nun auch die Beiträge infolge höherer Forderungen des Schiller-Theaters, auf welche der Verein ja angewiesen war, abermals hätten erhöht werden müssen, haben Vorstand und Mitglieder es für das Beste gehalten, auf die Sondereinstellung zu verzichten, um sich dem großen Berliner Verein Freie Volksbühne anzuschließen, der die künstlerischen Bestrebungen der Arbeiterschaft Groß-Berlins in einer seinem Alter und seiner Größe entsprechenden machtvollen und würdigen Weise pflegt und vertritt. Die Mitglieder der F. V. B., welche sich sogleich zum Uebertritt in die Berliner Volksbühne in den Zahlstellen Bill, Kirchstr. 80, und Schmidt, Wilmsdorfer Straße 180, melden, genießen die unter Arbeiterorganisationen in solchen Fällen übliche Vergünstigung, daß ihnen das Einschreibegeld erlassen wird.

Das Vermögen des Vereins F. V. B. fällt laut einstimmigem Beschluß der Generalversammlung dem Dispositionsfonds des Volksbühne zu. Die Liquidationskommission besteht aus Dr. Lindheimer, Bill, Rob. Schmidt, Ruffe, Voregilonst; als Revisoren der Kommission wurden gewählt: Sasse, Frau Hopp.

Arbeitslosigkeit und Krankheit haben den 54 Jahre alten Fabrikarbeiter Wilhelm Herrmann aus der Birkenstraße 65 in den Tod getrieben. Der Lebensmüde erhängte sich im Wohnzimmer an der Türklinke. Er hatte seine Angehörigen vor Ausführung der Verzweiflungstat fortgeschickt und als Frau H. einige Zeit darauf mit ihren Kindern wieder zurückkehrte, fand sie ihren Mann bereits als Leiche auf.

In den Fahrstuhlfahrt hinabgestürzt. Das Opfer eines verhängnisvollen Unglücksfalles wurde am Sonnabendabend der 23 jährige Fahrstuhlführer Max Richter aus der Gipsstr. 16. Richter hatte den auf dem Grundstück Wölgerstr. 80 befindlichen Personen-aufzug zu bedienen. Am Sonnabend wollte er im dritten Stockwerk das Lau des Fahrstuhls emporziehen, als er sich zu weit vorbeugte und in die Tiefe stürzte. Der Bedauernswerte erlitt schwere innere Verletzungen sowie Armbrüche und wurde in recht bedenklichem Zustand nach der Charité gebracht.

Eine teure Bierreise. Ein peinliches Malheur hat einen Brennmeister betroffen, der sich in Afrika ein Kapital von 25 000 Mark sammelt hatte. Er glaubte jetzt genug Geld zu besitzen, um sich in der Heimat selbständig zu machen. Western kehrte er nach Berlin zurück und trat, wie so mancher, der Berlin zum erstenmal wieder sieht, eine Bierreise an. Schließlich geriet er in eine kleine Gastwirtschaft im Norden Berlins. Dort mag er mit seinem Gelde zu sehr geprahlt haben. Er erregte dadurch die Gier des Wirtes und eines anderen Gastes. Beide tranken mit dem Afrikaner Erbherschenschaft und machten ihn angeblich völlig betrunken. Als der Fremde eingeschloffen war, zogen sie ihm sein Portefeuille aus der Tasche und verschwand. Der Afrikaner erwachte aber bald aus seinem Schlafe, entdeckte den Verlust des Geldes und lief zur Polizei. Der Wirt und ein Drogist konnten noch gestern abend verhaftet werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Sonntag am Senefelderplatz zugetragen. Dort verurteilte eine etwa 50 jährige Dame, deren Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 47 das Gleis zu überschreiten, wurde jedoch von dem Bahnwagen umgestoßen und geriet mit den beiden Füßen unter den Schuhrahmen. Mit Hilfe von Straßepassanten wurde die Verunglückte befreit und in bestimmungslosem Zustande nach der Unfallstation in der Gaudystraße gebracht, wo der Arzt eine klaffende Wunde am Hinterkopf, Gehirnerschütterung, Quetschung der Beine und anscheinend auch innere Verletzungen feststellte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde die Frau nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Das Opfer einer Kartenlegerin ist die 24 Jahre alte Studentin der Russl Marie Sterba aus der Reitelbedstraße 5 geworden. Das junge Mädchen, das aus Wilmersdorf stammt, weilte seit dreiviertel Jahren in Charlottenburg und nahm dort auf einem Konseratorium Unterricht im Volksspiel. Seit einem halben Jahre hatte es ein Verhältnis mit einem 30 Jahre alten Kaufmann. Dieser ist oft auf Reisen, der Räume aber bisher niemals, seiner Geliebten jeden Tag zu schreiben. Am vergangenen Montag verließ er wieder. Jetzt blieben aber die Briefe aus. Die Studentin glaubte nun, daß er sich von ihr ab- und einer anderen zugewandt habe. Voller Sorge und Eifersucht zugleich ging sie am Sonnabendnachmittag zu einer Kartenlegerin, um sich Gewissheit zu verschaffen. Ganz aufgeregt lehrte sie zurück und erzählte einer Nachbarin, ihre Vermutung habe sich bestätigt, auch die Kartenlegerin habe ihr gesagt, daß ihr Verräuterer sie hintergehe. Die Nachbarin erwiderte, sie solle doch an so dummes Zeug nicht glauben, und gab sich alle Mühe, sie zu beruhigen. Alles war jedoch umsonst. Gestern morgen um 6 Uhr hörten Hausgenossen in der Wohnung, die das Mädchen allein bewohnte, einen Schuß fallen. Man ließ durch einen Schlosser öffnen und fand die Studentin tot auf dem Bett liegen. Sie hatte sich eine Revolverkugel in die Brust geschossen. Irrendwache Aufzeichnungen hat die Selbstmörderin nicht hinterlassen.

Dahn für den folgenden Betrag nicht in Anspruch genommen werden. Er darf nur, so lange er es im Besitz hat, 2 10 Jahre. — G. W. 2. Sie müssen die Rechnung oder eine Abschrift zur Prüfung einreichen. — G. 63. 1. Auch eine nicht unterzeichnete Anzeige hat die Polizei zu beachten. 2. Die Stellen bestimmen sich nach dem Wert der Streitliche und der Art der Verhandlung. — P. R. 100. 1. In besonderen Fällen kann das Vormundschaftsgericht einen minderjährigen vorzeitig für volljährig erklären. 2. Rein. — J. S. 49. Rein. — W. J. S. 1909. Ein neuerdings eingetragener Verein kann auch wegen Forderungen aus früherer Zeit klagen. — M. S. 300. Durch die Auflösung des Reichstages sind Sie von dem Reichsertrage nicht frei. — S. 108. 1. Wenn Sie auf Grund des früheren Urteils noch 13 R. schuldig sind, können Sie nicht tun. — Paul VI. Die Steuer müssen Sie bezahlen. Unentbehrliche Gegenstände sind unpfändbar. — Schirmacher. In der Regel 14 Tage. — R. R. 115. 1. Ja, zwei Wochen vor dem Ersten. 2. Rein. 3. Klage beim Amtsgericht. — R. St. 1. Rein. 2. Sie müssen die Kosten beim Gericht festzulegen beantragen und beibringen. — Jubalide. 1. und 2. Ja. 3. Werden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt. — W. R. 12 und 3. S. 120. An das Polizeipräsidium zu Berlin. Von dort erfahren Sie auch die Bedingungen. — W. 27. 1. Frau Gertrud Ewertz, Schöneberg, Sedanstr. 57. 2. Darüber gibt die Zentralstelle für Auswanderer, Scheffingstr. 4. — S. W. 47. 1. Rudolfsbad. 2. u. 3. Ja. 4. Ungenü. — S. 50. Ja.

Kunstst. — D. S. 714. Dürer u. des Reichs für Hausangehörige, Michaelkirchplatz 1.

Witterungsübericht vom 27. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.
Schwetzingen	749	SW	3	14	Saparanda	756	D	2	15
Darmstadt	760	SW	5	12	Petersburg	751	D	1	13
Berlin	752	SW	3	12	Seiditz	757	SW	3	13
Frankfurt	755	SW	3	12	Eberden	747	SW	4	13
München	757	SW	4	10	Paris	757	SW	2	13
Wien	754	SW	3	13					

Wetterprognose für Dienstag, den 28. Juni 1910.
Etwas wärmer, vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 6.	am 25. 6.	Wasserstand	am 26. 6.	am 25. 6.
Wemel, Mühl	26. 0	25. 0	Saale, Großh.	26. 6	25. 6
Wregel, Zisterburg	40	39	Saale, Spandau	33	33
Wischel, Horn	0	0	Spreewald, Rathenow	23	23
Oder, Ratibor	114	114	Spreewald, Spreewald	70	70
Strofen	107	107	Seeftom	77	77
Frankfurt	118	118	Weser, Wünnen	65	65
Wartbe, Schimm	94	94	Weser, Wünnen	10	10
Wandberg	45	45	Rhein, Maximilianbau	652	652
Weg, Sordamun	23	23	Rhein, Köln	440	440
Wibbe, Leltmeritz	4	4	Rhein, Köln	432	432
Wiesbaden	150	150	Weser, Wehrt	140	140
Wagberg	—	—	Weser, Wehrt	153	153

+ bedeutet Hoch, - Niedrig. Unterbreit.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 28. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues König. Opern-Theater.
Sofisti. Der verlorene Sohn.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Jüdisch und Holofernes-
Kammerstücke. Kleiderwägel.
Lefling. Kaiserhulst.
Romische Oper. Der Regiments-
papa.
Neues Schauspielhaus. Der
Flegler.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner. Laifun.
Neues. Renaissance.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Charles Lant.
Geddel. Wenn gehst Deine?
Koffette. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Der Freischütz.
Schiller Charlottenburg. Der
Bibliothekar.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Sherlock Holmes.
Volksoper. Der Herr Verteidiger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rose. Bach- und Schlegelgesellschaft.
Lustspielhaus.
Metrovol. Oello!! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
Das Veröhnungsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wasserg. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Welhaha. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Orator. Im Reiche des Mars.
Urania. Landentrache 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze
zum Watzmann.
Sternwarte. Inselnstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Heute Dienstag 8 Uhr:
**Von der Zugspitze zum
Watzmann.**

Apollo Theater
Letzte Tage!
des sensationellen
Juni-Programmes.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.
De Dio
Phantasio-Tänzerin.
Therese Renz
Schulleiterin
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coquette.
Das Veröhnungsfest.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und
Spezialit.-Vorstellung
Jeden Abend **Prinz Pinne.**
7 1/2 Uhr:
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
Jeden **Kinderfest.**
Mittwoch:
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
Jaher Weimann.
Bodstr. 8, Behm u. Beliermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Riefenprogr. zur Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Vollst. mit Orchest. u. Tanz in 4 Akte.
Geb. Donnerst. Gr. Brillant-Feuerw.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Sänger b. Landstraße.
Hr. Burleske von Moysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Gottschald-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Romanische Oper in 4 Aufzügen von
Karl Maria v. Weber. Dichtung
von Fr. Schub.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwan in 4 Akten v. Gustav Moser.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungenügender Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftritten der
besten Turnfeilkünstler der Welt The Lepolts
solche der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
3 Cocks, die phänomenalen Excentric-Casacateurs? Die fünf Sinne?
Vorzüglicher automatischer Scherz. — Marga Parlesky, brillante
Rustal-Transformationist. — M. Maximo, hervorragende Burlesque-
Pantomime-Tuett. Krill. — Leopold Rosser, Original-Quaschli
mit ihren wunderbaren akrobatischen politisch-satirischen Schlägern und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Biesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gelansteinticket 20 Pf. Kinder frei.

Luna Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Sonnabend, den 2. Juli:
Elite-Tag! Großes Monster-Konzert!
ausgeführt von 3 Militärkapellen u. d. Translatour-Orchester.

B B B
Brunnenstraße 10.
Das neue Riesen-Programm.
Lehrreich
Unterhaltend
Amüsant.
Gr. Orchester. Saal u. Garten.
Eintritt 30 Pf.

ZOO
LOEISCHER
GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert!**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-8 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Donert. 6 Pf.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Abends 8 Uhr:
Die Bestie im Menschen.
Trag. Pant. und die übrigen
Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
Holmarstr. 27, Ecke Alexanderstr.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten täglich:
H. a.: Eise Wulfenka, Soubrette.
Paul Mattonet, Tanzkünstler.
Emmy und August Ciover, das
kleinste Duettistenpaar der Welt.
Auf. Kochstr. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Voigt-Theater
Gejandbrannen Bodstr. 68.
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Ueberraus große Feich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Das voll ständig neue Juni-Programm.
Gr. Orchester-Spezialitäten
Kasseneröffnung 2 Uhr, Anf. 6 1/2 Uhr.

BRAUEREI FRIEDRICHSHAIN
am Königstor.
Sonntag, den 3. Juli:
KONZERT
DER
„TYPOGRAPHIA“.
Mitwirkende: Neues Berliner Tonkünstler-Orchester.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Billets in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Nur ganz kurze Zeit. Alt-Boxhagen.
**Zirkus Carlo-
Curty.** a la
Hagenbeck.
Ab Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Täglich: Große Elite-Gala-Vorstellungen.
Mittwochs, Sonnabends **2 Vorstellungen: 4 Uhr und**
und Sonntags: **8 1/2 Uhr.**
Nur allererste Kräfte. Pracht Programm.
Linie 78, 79, Hochbahn-, Ringbahn-Verbindung.

Pharus-Sommer-Theater
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theateraal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
wird, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das große
Juni-Programm!
Tartakoff
The Kaylons
Mika Mikun
und 14 erstklassige
Variete-Spezialitäten!

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Kröger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**

**Sommer-Theater
Café Bellevue**
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Theater, Konzert, Spezialitäten.
1/2 9 Uhr: **Das Fest der Handwerker**
Romisches Gemälde a. d. Holzschilden.
Vorher und nachher:
Die brillantesten Spezialitäten:
Anfang Sonntags 1/4 Uhr.
Wochentags 1/5
Mittwoch: **Königin Luise.**

**Große Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik**
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 25 Minuten
vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10-8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Der Clou der Ausstellung:
**Römische Villa mit Kaiser-
palast.**

Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: **Täglich**
Gr. humorist. Solree.
(Gefangenenstücke, Theater und
Variete-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabend: **Tanzkonzert.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Konz. gültig.
Im Restau.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. H. Säte zu Festlichkeiten
aller Art. **Max Saeger.**

**Ausstellungshallen-
Kino am Zoo**
Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedén
durch Zentral-Asien.
0.30, 0.50, 1 M.
Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedén
durch Zentral-Asien.
Samstag, 0.50, 1., 2., 3M.
Für Abends: Vorverkauf
bei Wertheim, Leipzigerstraße
und sämtlichen Vorverkaufs-
stellen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendl.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kajernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Renaissance.
Morgen und folgende Tage:
Renaissance.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarsprinzessin.
Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantmündel

**Friedrich-Wilhelmstädtsches
Schauspielhaus.**
Heute, den 28. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie 1. 4 Akt u. 1. Fern. Donn.
Mittwoch: **Sherlock Holmes.**
Donnerstag zum letztenmal:
Sherlock Holmes.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Wach- u. Schließgesellschaft
Schwan in 3 Akten von Hans
und Winter.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Morgen dieselbe Vorstellung.
Auf der Gartenstraße: **Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert.** Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

